Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatl. 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zl., monatl. 5,36 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zl., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.**

Nr. 22. Bromberg, Freitag den 27. Januar 1928. 52. Jahrg.

Wirtschaft oder Strategie?

Die Kommerzialisierung der polnischen Eisenbahn.

Der Vertrag über die Stabilisierungsanleihe enthält unter anderem folgende Klausel:

„Die polnische Regierung verpflichtet sich, in möglichst kurzer Zeit die Eisenbahn auf autonomer oder wirtschaftlicher Grundlage zu organisieren."

Diese Bestimmung bedeutet das Ende der staatlichen Verwaltung der polnischen Eisenbahnen und fordert ihre möglichst schnelle Kommerzialisierung. Begründet liegt diese Forderung in der Tatsache, daß die polnischen Eisenbahnen lange Jahre hindurch ein Defizit-Unternehmen waren. Seit drei Jahren ist allerdings ein kleiner Einnahmen-Überschuß vorhanden, jedoch reicht er längst nicht aus, um die erforderlichen Ausbesserungs- und Investitionsarbeiten vorzunehmen. Bei einem Anlagekapital von 4,7 Milliarden Zloty, das die polnischen Eisenbahnen nach Berechnungen des Eisenbahn-Vizeministers Eberhardt darstellen, verzinst sich dieses Kapital gegenwärtig mit kaum 3,75 Prozent. Durch eine so niedrige Verzinsung ist natürlich eine Ausbesserung der Bahnkörper — allein 50 Prozent der Brücken Polens harren der Instandsetzung — des Wagenparks oder gar die Anlage neuer, für die Wirtschaft des Landes unbedingt erforderlicher Bahnlinien unmöglich gemacht.

Ganz allgemein ist man daher zu der Überzeugung gekommen, daß hier lediglich eine größere, langfristige Anleihe helfen kann. Auf die spätere Aufnahme weiterer Staatsanleihen wollten sich aber die amerikanischen Anleihe-Unterhändler nicht einlassen, ebenso wie sie zur Verhinderung unproduktiver oder doch wenig produktiver Staatszuschüsse den Finanzbeobachter Devey nach Warschau setzten. Wenig produktiv aber waren die Zuschüsse des Staates für eine staatliche polnische Eisenbahn besonders aus dem Grunde, weil staatliche Eisenbahnen zumeist aus strategischen Rücksichten gefördert werden. Ganz besonders nahe lag diese Befürchtung der strategischen Bevorzugung bei Polen, dessen Eisenbahnnetz strategisch tatsächlich recht ungünstig ist, das aber selbst mit Pilsudski an der Spitze so großen Wert auf militärische Dinge legt. Dieser Sachverhalt war den Amerikanern klar, und darum bestanden sie fest auf der Umorganisierung der polnischen Eisenbahnen nach autonomen oder wirtschaftlichen Grundsätzen.

Einer der heftigsten Gegner der Kommerzialisierung war Marschall Pilsudski selbst. Wahrscheinlich aus dem Grunde, weil er bei Zurückschlagen der Bolschewisten selbst mit den größten Schwierigkeiten, die das polnische Eisenbahnnetz in strategischer Beziehung bietet, zu kämpfen hatte. Während des Kampfes um Warschau 1920 dauerten Truppentransporte allein durch den Stadtbereich (es gibt in Warschau weder eine Untergrund- noch eine Ringbahn) sechs bis zwölf Stunden. Und alle im Kampfe an der bolschewistischen Front verwandten Truppen mußten durch Warschau, da in ganz Kongreßpolen weder nördlich noch südlich von Warschau eine Eisenbahnlinie nach Osten besteht. Schließlich hat sich Pilsudski vor einigen Tagen nun aber doch mit dem Kommerzialisierungsplan für die polnischen Eisenbahnen einverstanden erklären müssen.

Trotz der an sich unverrückbar feststehenden Organisierung der Verwaltung nach wirtschaftlichen Richtlinien, geht der Kampf zwischen den beiden Lagern — Wirtschaft und Strategie — weiter. Die Anhänger der strategischen Richtlinien fordern im wesentlichen den Bau von drei neuen, großen Linien, und zwar nördlich von Warschau von Thorn über Ciechanow, Ostrolenka, Lomża, Bialystok, Mosty nach Nowogrodek, südlich von Warschau von Czenstochau über Kielce und Zamość nach Rowno, westlich von Warschau von Krakau über Petrikau, Lodz, Wloclawek nach Thorn und östlich von Warschau von Grodno über Mosty, Wolkowysk, Prużany, Kobryn, Wladimir Wolynsk und Złoczów nach Stanislau. Durch den Bau dieser Linien würde nach allen Grenzen hin eine dreifache Hauptverbindung bestehen. Besonderen strategischen Wert mißt man der letzteren Linie zu in Anbetracht des militärischen Bündnisses mit Rumänien.

Die Kosten dieser strategischen Bauten sollen Verkehrs- und Kriegsministerium untereinander teilen, und allein das Kriegsministerium soll jährlich 50 Millionen Zloty in seinem Budget für den Eisenbahnbau festlegen. An der Kostenfrage dürfte denn auch der rein strategische Bau scheitern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Finanzbeobachter mit größter Genauigkeit über die Ausführung des Punktes der Anleihebestimmungen wachen wird, der vorschreibt, daß keinerlei Änderungen an dem einmal aufgestellten Budget vorgenommen werden dürfen. Auch in den kommenden Jahren dürfte der amerikanische Wirtschaftler kaum genügendes Verständnis für die Notwendigkeit eines strategischen Ausbaues des polnischen Eisenbahnnetzes aufbringen.

Der Verwirklichung bedeutend näher gekommen ist hingegen der Ausbau nach wirtschaftlichen Richtpunkten. Zur Erhaltung des gegenwärtigen Standes der polnischen Eisenbahnen ist eine jährliche Investitionsausgabe von etwa 90 Millionen Zloty erforderlich. Da der gegenwärtige Zustand des Eisenbahnwesens aber sehr zu wünschen übrig läßt, ist für den Ausbau eine viel höhere Summe nötig. Für das Jahr 1928 sind denn auch insgesamt 138 Millionen Zloty an Ausgaben veranschlagt. Davon entfallen auf den Bau neuer Eisenbahnlinien, und zwar Bromberg—Gdingen, Lemberg—Stojanow und Kalety—Podzamcze 17 Millionen Zloty. Für den Bau von Eisenbahnknotenpunkten sind 9 Millionen Zloty vorgesehen, von Stationen 17 Millionen, von Brücken 4 Millionen und für Neuanschaffungen im Wagenpark 35 Millionen.

Um einen gründlichen Erneuerungs- und Ausbauprozeß durchführen zu können, wird — wie bereits weiter oben erwähnt — nach Übergang der Eisenbahn in privatwirtschaftliche Verwaltung die Aufnahme einer größeren Eisenbahn-Anleihe geplant, bei der die Sicherheit die Eisenbahnanlagen bilden, die Verzinsung und Rückzahlung durch die Einnahmen gewährleistet würde.

Im allgemeinen verzinsen sich Eisenbahnen mit etwa 6 Prozent. In Polen kann das aber bei einer weiteren Tarif-Protektionspolitik der Art, wie sie bisher geübt wurde, nicht der Fall sein. Die polnischen Warentarife sind so niedrig, daß die der angrenzenden Länder etwa 72—130 Prozent teurer sind. Wenn nun auch die Einnahmen der Eisenbahn nach der Kommerzialisierung auch ohne Tariferhöhung größer sein werden als gegenwärtig, so ist doch zu bedenken, daß mit der Kommerzialisierung auch eine Erhöhung der gegenwärtig sehr niedrigen Gehälter der Eisenbahnbeamten vorgenommen werden muß. Eine Verzinsung des Anlagekapitals mit mehr als 4 Prozent wird daher nur durch eine allgemeine Tariferhöhung erfolgen können, die nach erfolgter Kommerzialisierung auch tatsächlich durchgeführt werden soll.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß für den Ausbau des polnischen Eisenbahnnetzes zunächst wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein werden. Ob aber der Wirtschaft oder der Strategie der Vorzug gegeben wird: für das ehemals preußische Teilgebiet ist von dem Eisenbahn-Investitionsplan nach Vollendung der Linie Oberschlesien—Ostsee nichts zu erwarten. Es wird vielleicht noch Jahrzehnte dauern, ehe die anderen Teilgebiete auch nur annähernd mit Eisenbahnverbindungen so gut versehen sein werden wie Posen, Pommerellen und Schlesien. Während im ehemals preußischen Teilgebiet auf 100 Quadratkilometer 12.3 Kilometer Eisenbahn entfallen, sind es in Galizien nur 5.3, in Kongreßpolen 2,7. Und auf 10 000 Bewohner entfallen im ehemals preußischen Teilgebiet 14.7, in Galizien 5.2 und in Kongreßpolen 2.6 Kilometer. Aus diesen Zahlen erhellt, daß eine wirtschaftliche Entwicklung vielleicht in Kongreßpolen festgestellt werden kann, daß im ehemals preußischen Teilgebiet aber die letzten Jahre in vieler Hinsicht Stillstand — in anderer sogar Rückschritte — gebracht haben.

Auf festem Wege?

An der Berliner Börse sind in den letzten Tagen die oberschlesischen Industrieaktien merklich gestiegen. Wie dem „Kurj. Pozn." aus Berlin gemeldet wird, erklären dies Börsenkreise damit, daß sich die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf dem besten Wege befinden. Man verweist dabei auch auf die Erklärung der Warschauer „Epoka", die annimmt, daß in einem Monat zwischen Deutschland und Polen eine grundsätzliche Einigung erfolgt.

*

Zu der neuen **polnischen Verordnung über die Grenzzonen,** über die wir bereits berichtet haben, nimmt das „Berl. Tagebl." in folgenden Sätzen Stellung: Daß der jetzige Zeitpunkt gewählt worden ist, um die Verordnung bekanntzugeben und demnächst in Kraft zu setzen, ist um so auffallender, als doch über die Niederlassungsfrage mit Polen eine Einigung bereits erzielt ist. Die Bestimmung, daß der polnische Wojewode Ausländern den Besitz, die Pacht und die Verwaltung von Grundstücken, die Ausübung von Handel und Gewerbe und die Leitung von Unternehmungen in der Dreißigkilometerzone verbieten kann, richtet sich in ihrer praktischen Auswirkung **vor allem gegen die Deutschen, insbesondere im Korridorgebiet,** dessen nördlicher Teil oft kaum eine Breite von 50 Kilometern erreicht. Da die polnische Verordnung für die in diesem Gebiete ansässigen Handels- und Gewerbebetriebe nachträglich eine besondere Genehmigung vorsieht, kommt dies in den wesentlichsten Punkten praktisch einer **Außerkraftsetzung des Niederlassungsabkommens für dieses Gebiet** gleich. Die polnische Verordnung wird zweifellos bei den Verhandlungen in Warschau einen breiten Raum einnehmen. In welcher Weise Deutschland dem neuen Angriff auf den Besitz und das Eigentum von Deutschen entgegentreten wird, läßt sich noch nicht sagen.

*

Der Warschauer Korrespondent der „Voss. Ztg." schreibt in Nr. 22 vom 26. d. M.:

„Die derzeitige parlamentslose Regierung Polens, die sich formell noch auf ein weitgehendes Ermächtigungsgesetz des inzwischen aufgelösten Sejms stützt, hat neben anderen bedenklichen Wirkungen auch eine Überproduktion der polnischen Regierungsmethoden auf dem Gebiet des Verordnungswesens zur Folge. Dabei führt die rein bureaukratische Gesetzesmacherei ohne Mitwirkung einer nach höheren politischen Gesichtspunkten entscheidenden parlamentarischen Instanz zu einem Nebeneinander und Gegeneinander der auf diese Weise entstehenden Rechtsnormen.

Auch die internationalen Verhandlungen mit dem polnischen Staat werden dadurch immer wieder erschwert und der Verständigungswille des Außenministers Zaleski wird absichtlich oder unabsichtlich durchkreuzt. Zurzeit liegt ein neues Beispiel solcher **verhängnisvollen Ressortpolitik polnischer Ministerien** vor, auf die im Interesse der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen hingewiesen werden muß, damit nicht gesicherte Ergebnisse langwieriger Ausgleichsarbeit dadurch wieder gefährdet werden.

Es handelt sich zunächst um eine leider bereits in Kraft gesetzte Verordnung des polnischen Staatspräsidenten über die Staatsgrenzen. Bedenken, die dagegen zuerst in der Presse der deutschen Minderheiten Polens erhoben wurden, erwiesen sich bei Prüfung des Wortlautes leider als berechtigt. **Eine 30 Kilometer breite Grenzzone** — die europäischen Staaten kennen sonst in der Regel nur Sonderbestimmungen für 10-Kilometerzonen längs der Grenze — erhält durch diese Verordnung ein **speziell eingeschränktes Niederlassungs- und ein erweitertes Liquidationsrecht.**

Auf rein verwaltungsmäßigem Wege kann durch die Kreisbehörden sowohl Ausländern als auch polnischen Staatsbürgern (diesen, soweit sie sich „staatsfeindlicher Handlungen" schuldig gemacht haben oder irgendwann einmal gegen Zoll- oder Finanzvorschriften verstießen) die Niederlassung und der Grundstücksankauf in dieser Zone verboten werden. Aber auch ererbter oder sonst rechtmäßig erworbener Besitz kann diesen beiden Gruppen von Einwohnern in der Grenzzone von der polnischen Verwaltung ohne weiteres liquidiert werden.

Die Rechtslage der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität wird dadurch gleichfalls gerade in den überwiegend deutsch besiedelten Grenzgebieten **noch unsicherer als bisher.** Schließlich werden die Verhandlungen über einen etwaigen Verzicht Polens auf seine Versailler Liquidationsrechte gegenüber reichsdeutschem Privateigentum, die bereits einer für beide Teile vorteilhaften Einigung näherzukommen schienen, aufs neue gefährdet, da das Liquidationsverfahren sich jetzt vielfach auf eine neue, nicht international zu erfassende Rechtsgrundlage stützen kann.

Im polnischen Außenministerium werden alle diese Folgewirkungen einer übereifrigen Gesetzesmacherei, an der man dort wahrscheinlich völlig unbeteiligt ist, sicherlich bedauert werden. Der Leiter der polnischen Außenpolitik wird aber im Interesse der Verwirklichung seiner Verständigungsgedanken von sich aus Schritte unternehmen müssen, um diese bedenkliche Störung seiner Arbeit wieder auszuschalten."

Neue Erschwerung des deutsch-polnischen Warenverkehrs.

Das offiziöse Blatt des polnischen Handelsministeriums, die Wochenschrift „Przemysl i handel" bestätigt die Nachricht, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen soll, wonach die bekannte Maximalzollverordnung, die eine 100prozentige Erhöhung der polnischen Einfuhrzölle vorsieht, und die am 1. Februar in Kraft treten soll, gegenüber Staaten, mit denen Polen Handelsvertragsverhandlungen führt, ausgesetzt werden kann.

Diese Verordnung soll aber noch Ausführungsbestimmungen enthalten, wonach die Handelsdokumente (Frakturen und Rechnungen) für Waren aus solchen Ländern, die nach Polen eingeführt werden sollen (deutschen) von Handelskammern bescheinigt werden sollen. Die Verordnung soll auch noch eine besondere Liste von Waren aufführen, für deren Einfuhr außer der bevorstehenden Bescheinigung auch ein Visum der polnischen Auslandsvertretung erforderlich ist.

Das Inkrafttreten dieser Verordnung würde zweifellos eine beträchtliche Erschwerung des deutschen Warenverkehrs nach Polen zur Folge haben, und ihn auf manchen Gebieten sogar völlig lahmlegen.

*

Deutsch-polnisch-russische Transitkonferenz.

Warschau, 25. Januar. PAT. Morgen beginnt in Berlin die polnisch-deutsch-russische Konferenz in der Frage des Transits von Deutschland nach Rußland und umgekehrt durch Polen. Zu der Konferenz wurden von polnischer Seite entsandt die Abteilungschefs im Verkehrsministerium Jozef Wagner und Gronowski, sowie der Oberreferent Wysocki.

Das Listen-Labyrinth.

Im Jahre 1922 wurden bei den Parlamentswahlen 21 Staatslisten angemeldet, diesmal gibt es deren 34 (die Nr. 9 wurde auf Grund der Bestimmungen der Wahlordnung nicht belegt, und im letzten Augenblick wurde als die letzte Staatsliste die Liste der **Arbeitspartei der Westgebiete** eingereicht, der man die Nr. 35 gegeben hat). Die Zahl der Parteien, die selbständig zu den Wahlen schreiten, ist somit um mehr als 50 Prozent größer geworden. Bei einer oberflächlichen Orientierung kommen wir zu folgendem Bild:

Die Rechte und die Mitte haben zwei von der Regierung unabhängige Listen. Die eine, die die **Nr. 24** trägt, repräsentiert das **katholisch-nationale Komitee,** welchem angehören: der Nationale Volksverband, die Christlich-Nationale Partei (ohne die neuesten Sezessionisten), die Nationale Frauenorganisation, die vereinigten polnischen Verbände usw. Die zweite trägt die **Nr. 25** und trägt die Bezeichnung **„Polnisch-katholischer Block",** der aus dem Zusammenschluß der Piast-Partei und der Christlichen Demokratie entstand. Nach der „Warszawianka" könnte man hier aus der „linken" Mitte die NPR.-Rechte (Liste Nr. 7 — Nationale Arbeiter-Partei) hinzuzählen.

Die Gruppe der „rechten" Mitte, die die Regierung stützt, und demselben Blatt zufolge nach Verhandlungen mit der Regierung gebildet wurde, ist mit der Liste **Nr. 30** hervorgetreten **(Katholische Union der Westgebiete).** Sie trägt einen ausschließlichen Teilgebietscharakter (Großpolen, Pommerellen, Westgalizien). Es ist eine Gruppe, die vollkommen der Warschauer Liste Nr. 1 oder dem sogenannten „Bezpartyjny Blok współpracy z rządem" (Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung) ähnelt, die es nicht für angezeigt hielt, unter der eigenen Firma in den ehemaligen Teilgebieten aufzutreten. Diesem Block hatte man bekanntlich aus dem Tierreich die Bezeichnung „Byk" (Bulle) gegeben. Inzwischen wurde an ihm aber so lange herumgefeilt, bis aus dem Bullen ein „Be-Be", also ein „Baby" geworden ist.

Das „Baby", der **Parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung** (Liste Nr. 1) hat sich bereits mit einem sogenannten Programm vorgestellt. Hier kandidieren fast

sämtliche Minister des gegenwärtigen Kabinetts, und es ist bemerkenswert, daß auch die Liste des Herrn Stapiński (Nr. 14) sich „Bauernverband der Zusammenarbeit mit der Regierung“ nennt.

Die **polnischen Sozialisten** (PPS) segeln unter der Firma **„Liste Nr. 2“.** Kleinere sozialistische Gruppen gehen gesondert vor, und zwar unter der Liste **Nr. 16** (PPS-Linke) und unter der Liste **Nr. 34** (Unabhängige Sozialistische Arbeiter-Partei). Die **ukrainischen** und **weißrussischen Sozialisten**, sowie die **deutschen Sozialisten** in Westpolen stimmen für den **Minderheitenblock (Nr. 18).**

Die **Kommunisten** ziehen in den Wahlkampf unter der ominiösen „**Nr. 13**“ (Arbeiter- und Bauerneinheit) ein. Kommunistisch sollen auch die Liste **Nr. 32** (Vereinigung der polnischen Linken „Selbsthilfe“), die Liste **Nr. 8** (Ukrainische Arbeiter- und Bauernvereinigung „Selrob“), die Liste **Nr. 23** (Verband der Bauern-Stärke) und auch die Liste **Nr. 26** (Ukrainische Arbeits-Partei) sein.

Die **radikalen Bauern** haben drei Listen: die Wyzwolenie (Nr. 3), die Bauernpartei „Bryl-Dąbski“ (Nr. 10) und die Okoń-Partei (Nr. 12), die Stapiński-Liste nicht miteingerechnet. Bojko befindet sich mit seinen wenigen Anhängern auf der Regierungsliste Nr. 1.

Dem Block der Nationalen Minderheiten (Liste Nr. 18.)

gehören diesmal nicht an die deutschen Sozialisten aus dem ehemaligen Kongreßpolen und aus Oberschlesien, die sich der Polnischen Sozialistischen Partei angeschlossen haben, die jüdischen Orthodoxen, die Russen, Prilucki, ein gewisser Teil der galizischen Zionisten des Herrn Reich; die letzteren gehen gesondert vor (Nr. 17), die Orthodoxen haben die Liste Nr. 33, und dann gibt es noch folgende Listen Nr. 4 (Allgemein jüdischer Arbeiterverband „Bund“ in Polen), Nr. 5 (das jüdische Arbeiter-Wahlkomitee Poalej Zion-Linke), Nr. 27 Poalej Zion-Rechte und Nr. 31 (Zionistisch-demokratischer Arbeitsblock. Jüdische Kandidaten befinden sich auch auf der „Baby“-Liste Nr. 1. Trotzdem ist auch die „Warszawianka“ der Meinung, daß die Bedeutung der Liste Nr. 18 nicht unterschätzt werden dürfe. Sie werde einen großen Einfluß auf die Massen der Minderheiten ausüben. Sollte sie etwas verlieren, so werde dies zugunsten der Listen der sozial-radikalen Parteien geschehen und durch den Beitritt der Ukrainer Ostgaliziens mehr als wettgemacht werden.

So stellt sich ungefähr das Bild über die Lage vor den Wahlen dar, das auf Grund der eingereichten Staatslisten zum Sejm gezeichnet wurde. In den Bezirken können allerdings noch besondere Bündnisse geschlossen werden. Es soll als sicher gelten, daß es in den Ostgebieten und in einigen größeren Stadt- und Industriezentren zu einer Vereinigung der katholisch-nationalen Elemente kommen wird, die sich von der Regierung unabhängig gemacht haben. Dies wird sich jedoch erst nach einer Woche endgültig klären, wenn die Bezirkslisten eingereicht worden sind.

*

Annullierung der Listen Nr. 13 und Nr. 16?

Warschau, 25. Januar. (Eig. Meldung.) Gestern waren Gerüchte im Umlauf, daß die Hauptwahlkommission die kommunistische Liste (Nr. 13) und die Liste der Linken der PPS. (Nr. 16) zu annullieren beabsichtige. Von gut informierter Seite wird mitgeteilt, daß der Hauptwahlkommissar heute der Kommission die Annullierung dieser Listen mit der Begründung vorschlagen werde, daß von den 500 Unterschriften von Staatsbürgern, welche jede dieser Listen (gemäß den Erfordernissen des Art. 58 Abt. II der Wahlordnung) aufweist, die Hälfte Bedenken bezüglich der Authentizität erregt, da sie von einer Hand geschrieben sein sollen.

*

Wie uns heute aus Warschau telegraphiert wird, prüfte gestern die Generalwahlkommission unter dem Vorsitz des Vizeministers Car die eingereichten Listen von 8 Uhr abends bis 1 Uhr in der Nacht. Sämtliche bis jetzt eingereichten Listen wurden für rechtsgültig erklärt mit Ausnahme der kommunistischen Liste Nr. 13 (Arbeiter- und Bauern-Einheit). Die meisten Unterschriften auf dieser Liste sollen mit ein und derselben Hand geschrieben worden sein. Der Generalwahlkommissar stellte daraufhin den Antrag, die Liste für ungültig zu erklären. Die Kommission beauftragte den Generalwahlkommissar, nachträglich Feststellungen darüber zu erheben, ob sich der Verdacht über die Fälschung der Unterschriften bestätigt. Von dem Ergebnis dieser Feststellungen wird das Schicksal der kommunistischen Liste abhängen.

Sollte die Ungültigkeit der kommunistischen Staatsliste bestätigt werden, **so haben wir 33 Staatslisten für den Sejm,** da die letzte Liste zwar die Nummer 35 trägt, aber die Liste Nr. 9 wegen der Verwechselungsmöglichkeiten mit der Nr. 6 nicht besetzt wird und die Nr. 13 ausfällt.

*

Die Aussichten der Endecja.

Posen, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Gebiet der Wojewodschaft Posen fand dieser Tage eine Reihe von Versammlungen statt, die vom Nationalen Volksverband einberufen worden waren. In diesen Versammlungen trat der Gegensatz zwischen der Katholischen Wirtschafts-Union und dem Nationalen Volksverband besonders grell in die Erscheinung. Man sprach sich überall mit großer Mehrheit für die Union aus.

*

Einheitliche Beamtenfront in den Westgebieten?

Konitz, 26. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Versammlung der Wirtschaftsvereinigung, die in Bruß stattfand, wurde die Handlungsweise des Herausgebers der „Gazeta Grudziadzka“, Kulerski (Piast), bei der Verwendung von Geldern für den Parzellierungsfonds scharf verurteilt.

Wie es heißt, soll für die Westgebiete eine einheitliche Beamtenfront für die Wahlen gebildet werden.

*

Die Sezession der Christlichnationalen Partei.

Warschau, 26. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die aus der Nationalen Christlichen Partei ausgetretenen Mitglieder haben eine neue Gruppe unter dem Namen **„Christlich-landwirtschaftliche Partei“** gebildet. Zum Vorsitzenden dieser Gruppe wurde Sigismund Leszczyński gewählt.

*

Verhaftung von ehemaligen Abgeordneten.

Warschau, 26. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Wilna gemeldet wird, wurde der frühere Abgeordnete der Unabhängigen Bauernpartei, Antoni Szapiel, verhaftet, da er angeblich einen Kontakt mit kommunistischen Kreisen in Minsk unterhalten haben soll. Auf Antrag der Prokuratur wurde ferner in Lida der ehemalige Abgeordnete der polnischen Volkspartei „Piast“, Adolf Dubrownik, der bei den bevorstehenden Wahlen auf der Liste der Bauernpartei figuriert, unter der Beschuldigung in Haft gesetzt, im Jahre **1926** in Versammlungen antistaatliche Reden gehalten zu haben.

Hannibal ante portas.

Unter der Überschrift „Ein gefährliches Programm“ polemisiert der „Kurjer Poznański“ im Leitartikel seiner Nr. 40 vom 25. Januar gegen den Wahlaufruf der Sozialdemokraten; u. a. heißt es dort:

„Die Frage der nationalen Minderheiten wurde von der Polnischen Sozialistischen Partei an die Spitze ihres Wahlprogramms gestellt. Die Forderungen in dieser Richtung, die in dem Wahlaufruf der PPS. enthalten sind, und die in einer Reihe von Leitartikeln des „Robotnik“ begründet wurden, sind außerordentlich gefährlich. Es handelt sich hier direkt um die Verleihung der Autonomie an die einzelnen nationalen Minderheiten, und zwar nicht allein um die Verleihung der kulturellen, sondern, wo dies der PPS. möglich erscheint, auch der territorialen Autonomie. Es ist dies mit anderen Worten ein Programm für die Zerschlagung Polens in einzelne Teile, in irgendein föderalistisches Konglomerat. (Das ist Blödsinn! Die PPS. denkt an eine territoriale Autonomie nur in den Ostgebieten. Im Westen haben sich lediglich die Kreise, die hinter dem „Kurj. Poznański“ stehen mit derartigen Autonomiegedanken befaßt. D. R.)

Das Verlangen der Autonomie für die nationalen Minderheiten bildete immer einen Teil des Programms der Polnischen Sozialdemokratischen Partei. Trotzdem zeugt die Art, wie heute diese Frage aufgeworfen wird, nicht nur davon, daß das Leben die Sozialdemokraten nichts gelehrt hat, sondern daß sich im Gegenteil ihre Forderungen in dieser Beziehung verstärkt haben. Zweifellos würden wir im Falle der Erlangung der Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften durch die Linke Zeugen sein für die Verwirklichung dieser Forderungen. Die Sozialisten schreckt nicht einmal das Beispiel Österreichs. Sie sagen, daß Österreich auseinandergefallen ist infolge des verlorenen Krieges, der auch solche Kolosse wie Rußland und Deutschland zerschlagen hat. So schreibt in einem der letzten Artikel des „Robotnik“ über die „Autonomie für die Minderheiten“ Herr J. M. B. (Bierenzweig). Den Verfasser berührt es wenig, daß Österreich als nicht-nationaler Staat wirklich auseinandergefallen ist, während von dem Zerfall Rußlands und namentlich Deutschlands nicht die Rede sein kann. (Deutschland war und ist auch kein Nationalitätenstaat wie gestern Österreich und heute Polen. D. R.) Im Gegenteil ist Rußland dabei, sich schnell wieder zusammenzuschließen, und in Deutschland war der Zusammenschluß niemals so stark wie jetzt. (Seine Minderheiten bilden auch nur einen verschwindend geringen Bruchteil der Bevölkerung. D. R.) Es bestehen dort sogar starke Tendenzen zu einer vollständigen Union. Das alles hindert den Verfasser nicht, folgende Forderung aufzustellen:

„Die Leistungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Arbeit des Sejm der Republik hängt u. a. von dem Vorhandensein von Sejms in Lemberg und in Wilna ab.“

Der Verfasser begnügt sich indessen nicht einmal mit einer solchen Stellung der Frage, er entwirft für die Zukunft sogar folgende Pläne:

„Im Falle des Sieges der föderalistischen Idee wäre die Autonomie die einzige Form, die ein friedliches Zusammenleben der Selbständigen Ukraine und Weißrußlands mit Polen ermöglichen würde bei einer maximalen Schonung der gegenwärtigen Grenzen.“

Das Wort „gegenwärtig“ druckt der „Robotnik“ halbfett. Worum handelt es sich also? Offensichtlich rechnet der Verfasser mit dem Siege der föderalistischen Idee und, was noch schlimmer (?) ist, er rechnet damit, daß es notwendig sein wird, in maximaler Weise die gegenwärtige Grenze zu schonen. Das bedeutet im Grunde die Zulassung der Möglichkeit ihrer Revision. Das sind erschreckende Erklärungen, sie zeugen davon, welches in Wirklichkeit die Tendenzen des Programms der polnischen Sozialisten sind, und mit welchen Möglichkeiten sie rechnen. Wenn diese Strömungen den Sieg davontragen, können wir uns vor einer Politik befinden, die uns an den Rand des Abgrundes bringt. (Das ist sehr töricht. Der volle Bankerott des nationaldemokratischen Ausrottungsprogramms zwingt naturgemäß zu einer radikalen Revision der bisherigen Minderheitenpolitik.) Und man darf sich darüber nicht täuschen, daß im Falle des Sieges der Linken das Programm der Polnischen Sozialistischen Partei für sie grundsätzlich maßgebend sein wird. . . .“ (Der „Kurjer Poznański“ kann ganz beruhigt sein. Die PPS hat derartige Programme schon oft aus ihrem international gültigen Partei-Katechismus abgedruckt. In der Praxis pflegt sich niemand daran zu kehren. Bis auf weiteres gibt es in Polen nur eine aufrichtige Stimme für eine gesunde Reform der Organisation unserer Staatsbevölkerung: daß ist die eigene Stimme der nationalen Minderheiten, die Stimme der Liste 18. D. R.)

Kierski tritt zurück.

Wie der „Kurjer Pozn.“ erfährt, wird Herr Kasimir Kierski, der Präsident der Posener Abteilung der Generalprokuratur, von seinem Posten zurücktreten. Als seinen Nachfolger nennt man Herrn Francizek Duzalski, Mitglied des Appellationsgerichts in Posen.

Herr Kierski war lange Zeit hindurch der publizistische Chorführer aller Deutschenhetzer in unserem Teilgebiet. Er war unermüdlich in der Ersinnung von allerhand Plänen zur Drangsalierung des Deutschtums. Der „Kurjer Poznański“ und der „Dziennik Poznański“ bildeten die Ablagerungsstätte für seine haßerfüllten Aufsätze gegen die Deutschen und für seine auch juristisch recht anfechtbaren Auslegungen internationaler Abmachungen über das deutsch-polnische Verhältnis. Was Herrn Kierski, der sich in der Okkupationszeit recht auffällig den deutschen Behörden zu nähern wußte, veranlaßt haben mag, die Streitaxt zu begraben wissen wir nicht; jedenfalls ist Herr Kierski seit Jahr und Tag ein stiller Mann geworden. Und nicht nur das: sein Name ist seither verklungen und vergessen.

Rußland und Polen.

Vor den polnisch-sowjetrussischen Handelsvertragsverhandlungen.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 25. Januar. Nachrichten aus Moskau zufolge werden im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten seit Wochen Vorbereitungen für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen getroffen. Diese Vorbereitungen seien das Ergebnis vorläufiger Abmachungen zwischen Tschitscherin und dem polnischen Gesandten in Moskau Patek. Gleichzeitig wird von halboffiziöser polnischer Seite mitgeteilt, **daß die polnische Regierung vor einigen Tagen einen konkreten Vorschlag über den Beginn der Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland erhalten hatte.** Daraufhin entschloß sich die polnische Regierung, zwei Delegierte nach Moskau zu entsenden, um mit den maßgebenden Faktoren der Sowjetregierung die einleitenden Verhandlungen durchzuführen.

Heute morgen sind — wie wir bereits gemeldet haben — der Departementsdirektor im Handelsministerium Sokołowski und der Leiter der Ostabteilung im Außenministerium Hołówko nach Moskau abgereist.

*

Ein Handelsvertrag mit Rußland ist ein langersehntes Ziel der polnischen Wirtschaft, da die polnische Verarbeitungsindustrie von vornherein auf die russischen Märkte eingestellt war. Trotz aller durch den Weltkrieg und durch die Wirtschaftsnöte der Nachkriegszeit hervorgerufenen Umwälzungen hat sich an dem Verhältnis der polnischen Verarbeitungsindustrie zu den russischen Absatzmärkten eigentlich nichts geändert. Rußland ist das einzige Gebiet, wo Polen seine Industrieerzeugnisse in beträchtlichen Quantitäten absetzen und seinen eventuellen Konkurrenten gewachsen zu sein hofft. Bereits vor einigen Jahren fanden zwischen Polen und Rußland Vorverhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Sie verliefen jedoch resultatlos, und zwar, wie von polnischer Seite versichert wird, angeblich aus dem Grunde, weil die Sowjetregierung Forderungen gestellt hatte, die durch politische Motive bedingt waren. Die jetzige innere politische Situation in Sowjetrußland scheint mehr als je geeignet zu sein, Handelsverhandlungen mit Polen zu begünstigen. Der Stalinkurs in der Sowjetpolitik ist darauf angewiesen, nach dem Zusammenbruch der großen außenpolitischen Offensiven der Sowjetregierung, die Einbuße an außenpolitischem Prestige durch innere wirtschaftliche Aufbauarbeit wenigstens zum Teil wettzumachen. In der Richtung dieser Bestrebungen liegt auch die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Stubenarrest statt Haft.

Eine treffliche Verordnung.

Warschau, 26. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung des Ministerrats wurde eine Verordnung des Staatspräsidenten beschlossen, nach der das Gericht auf Verbüßung einer Haftstrafe von nicht länger als sieben Tagen **in der eigenen Wohnung** erkennen kann. Den zum Stubenarrest Verurteilten ist es nicht gestattet, die Wohnung zu verlassen, sie dürfen auch keine Besuche empfangen. Die Gerichtsbehörden können für die Dauer der Verbüßung des Stubenarrestes über den Verurteilten die Polizeiaufsicht verhängen.

Die Ermordung des Schulkurators Sobiński vor Gericht.

Lemberg, 26. Januar. (PAT) Gestern hat hier vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen 17 Personen, darunter fünf Frauen, ukrainischer Nationalität begonnen, die unter der Anklage stehen, am 19. Oktober 1926 in Lemberg den dortigen Schulkurator Sobiński ermordet, Spionage getrieben und Gewalttätigkeiten verübt zu haben. Die Hauptangeklagten sind: Atamańczuk und Iwan Werbickij.

Der Anklageakt stellt fest, daß der Mord an Sobiński ein Akt der politischen Demonstration und des Terrors gewesen sei. Die terroristische antistaatliche ukrainische Militärorganisation, die sich dieses Mordes schuldig gemacht habe, habe ihre Tätigkeit mit einer Reihe von Attentaten, Sabotageakten, Diebstählen und Überfällen auf Personen begonnen, die die polnische Regierung unterstützt haben. Die Organisation habe ferner eine weitverzweigte Spionageaktion zugunsten der Nachbarstaaten getrieben. Die beiden Hauptangeklagten seien Mitglieder dieser Organisation gewesen.

Der Schulkurator Sobiński kehrte am Abend des erwähnten Tages mit seiner Gattin aus dem Kino zurück. Kurz vor seinem Hause wurden auf ihn zwei Revolverschüsse abgegeben, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatten. Der Polizei gelang es längere Zeit nicht, den Tätern auf die Spur zu kommen; doch schließlich führten geheime Informationen zu ihrer Entdeckung. Atamańczuk versuchte, als er gewahr wurde, welches Verbrechens er bezichtigt werde, zu flüchten, verfehlte jedoch den Weg und fiel in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze in die Hände der Polizei. Die übrigen Angeklagten sollen ebenfalls der Militärorganisation als Mitglieder angehört haben. Zur Verhandlung sind etwa 50 Zeugen geladen. Es soll eine ganze Reihe antistaatlicher Korrespondenz verlesen werden, so daß die Verhandlungen wahrscheinlich vier Wochen dauern werden.

Sensationelle Verhaftung in Warschau.

Warschau, 25. Januar. Im Präsidium des Ministerrats erfolgte gestern eine sensationelle Verhaftung. Der ehemalige Direktor des Präsidialdepartements im Finanzministerium Ludosław Wyszetycki, der zuletzt Generaldirektor der Bank Budowlany in Warschau war, ist nach einem mehrstündigen Verhör durch den Untersuchungsrichter unter der Anschuldigung verhaftet worden, den Staat um größere Summen geschädigt zu haben.

Im Jahre 1918 war Wyszetycki Direktor des Verwaltungsdepartements im Finanzministerium, wurde aber, als Michalski sein Amt als Finanzminister antrat, als Chef nach dem Präsidialdepartement versetzt und im Jahre 1924 unter gleichzeitiger Ernennung zum Generaldirektor der staatlichen Bank Budowlany pensioniert. Als solcher schloß er mit dem Staat einen Vertrag zum Bau des Hotels „Helvetia“ in Warschau ab, zu dem ein schweizerisches Finanzkonsortium einen Bankkredit von mehreren Millionen in Aussicht stellte. Als Gegenleistung verschaffte Wyszetycki dem Konsortium die Genehmigung zur Ausfuhr einer großen Menge Eier aus Polen. Als die Regierung die Bank Budowlany liquidierte und diese als Kommunalbank in anderen Besitz überging, stellte es sich heraus, daß das Schweizer Konsortium kein Geld zur Verfügung gestellt hatte und die Aktien der Bank Budowlany in den unrechtmäßigen Besitz der Verwaltungsmitglieder der Kommunalbank, an deren Spitze Wyszetycki stand, übergegangen waren.

Eine Sonderkommission, die sich mit der Bekämpfung des Wuchers befaßt, erblickte hierin ein Kriminalvergehen und ließ Wyszetycki nach dem Präsidium des Ministerrates kommen, wo seine Verhaftung erfolgte. Er wurde im Pawiak interniert. Dieser Verhaftung sollen, wie es heißt, noch weitere folgen. Als zweite Direktoren der Kommunalbank waren, der „N. L. Ztg.“ zufolge, die Herren Kasubski und Schönwald tätig.

Deutsches Reich.

Gründung eines „Völkischen Kampfblocks“.

Am 22. Januar ist in Berlin unter starker Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Reiche der „Völkische Kampfblock“ gebildet worden. Bisher sind der Wehrwolf, das Deutschbanner Schwarzweißrot, der Nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands E. V., die Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung, die Deutsch-soziale Partei u. a. m. endgültig diesem Kampfblock beigetreten. Die Grundsätze des Völkischen Kampfblocks sind:

1. Kampf für die deutsche Freiheit gegen die Versklavung durch die Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Enteignung der deutschen Wirtschaft und Verelendung des deutschen Volkes.

2. Kampf gegen den heutigen undeutschen Kapitalismus und für eine, dem deutschen Wesen in sozialem Geiste gerecht werdende Verfassung, aufgebaut auf dem Selbstverwaltungs- und Wirtschaftskörper.

3. Kampf gegen die Zersetzung des deutschen Wesens durch die überstaatlichen Mächte und für die kulturelle Freiheit des deutschen Geistes.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 22.

Bromberg, Freitag den 27. Januar 1928.

Pommerellen.

26. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

× **In einer Hauptversammlung des Ortsvereins Graudenz des Bundes der Eisenbahnbeamten** wurde der neue Vorstand gewählt. Der Vorsitzende des Danziger Bezirks besprach in einem Referat u. a. die Projekte des neuen Besoldungs-, Emeritur- und Disziplinargesetzes, sowie die Angelegenheit der ärztlichen Fürsorge. Das Fehlen einer Dienstpragmatik sei ein großes Übel. Über die Stellungnahme des Verbandes zur Abgeordnetenwahl sagte der Redner, daß der Eisenbahnbeamtenbund unpolitisch sei und auf dem Boden des Wohles des Staates und der Massen der Beamten stehe, dessen Pflege sich die gegenwärtige Regierung angelegen sein lasse. Jeder Beamte und Anwärter müsse die politischen Verbände verlassen und sich dem eigenen Bahnbeamtenbunde anschließen.

× **Der Teilstreik bei Herzfeld & Viktorius** ist am Dienstag zu Ende gegangen. Die Arbeiter haben, ohne daß ihre Forderungen auf Akkordgarantielöhne und achttägige Auszahlung Erfüllung geworden sind, ihre Tätigkeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Diese Lohnbewegung war von vornherein ein verfehltes Unternehmen und wäre besser unterblieben. Es haben dadurch nicht nur die Streikenden selbst einen in der jetzigen teuren Zeit besonders schwer ins Gewicht fallenden Lohnausfall gehabt, sondern es mußten auch weitere, nicht direkt am Streik beteiligte Arbeiter infolge des Brachliegens wichtiger Abteilungen, von denen die Tätigkeit anderer Arbeiterkategorien abhängig ist, bedauerlicherweise feiern. *

× **Gerichtliches.** Vor der 2. Strafkammer des Bezirksgerichts hatten sich der 17jährige Antoni Rauchfleisz und der 19jährige Franciszek Pileck, beide aus Graudenz, zu rechtfertigen. Ihnen wurden zwei gemeinschaftlich verübte Diebstähle zur Last gelegt. Am 15. September v. J. haben die Angeklagten aus einem Wagen 4. Klasse eines Eisenbahnzuges auf der Strecke von Graudenz nach Obergruppe drei Zugriemen von den Fenstern gestohlen. Eine noch häßlichere Straftat begingen die beiden Burschen am 14. Oktober v. J. Sie gingen in die Heilige-Geist-Kirche und versuchten, die Vorhängeschlösser zu zerschlagen, um aus den verschlossenen Sammelbüchsen den Inhalt zu entwenden. Ihr Bemühen war vergeblich. Nun begaben sie sich zur St. Nikolaus-Kirche, um hier dieselbe Absicht auszuführen. R. bearbeitete die Schlösser der Kollektenbüchse, während sein Kumpan ihn durch Vorstellen zu verdecken suchte. Aber auch hier war ihr böses Tun und Trachten umsonst. Die jugendlichen Missetäter gaben unumwunden ihre Schuld zu. Mit Rücksicht auf ihr Bekenntnis ließ es das Gericht bei drei Monaten Gefängnis bewenden. *

× **Ein Raubüberfall** wurde neben dem hiesigen Stadtpark auf eine gewisse Zofja Bykowska aus Weburg (Wiewiórki), Kreis Graudenz, verübt. Ein dort herumlungernder Strolch schlug das 19jährige junge Mädchen mehrmals mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf, so daß es zu Boden stürzte. Sodann entriß der Räuber der Überfallenen ihre Handtasche mit Inhalt und entfloh in unbekannter Richtung. *

× **Aus der Polizeichronik.** Dem im Wasserwerk wohnhaften Władysław Golecki ist ein 40 Kilogramm schweres Schwein im Werte von 100 zł entwendet worden. — Festgenommen wurden 6 Personen, und zwar 2 Landstreicher, 2 Obdachlose und 2 wegen Diebstahls. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutsche Bühne Grudziądz. Am kommenden Sonntag, den 29. Januar d. J., abends 8 Uhr, findet die Erstaufführung des Schauspiels „Zwölftausend" von Bruno Frank statt. Dies Schauspiel, das in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts während der amerikanischen Freiheitskriege in einem kleinen Staat in Deutschland spielt, hat überall außerordentlichen Erfolg erzielt. Es ist eins der wirkungsvollsten Schauspiele, das in den letzten Jahren über die Bretter ging. Die Regie liegt in den Händen des Herrn Walter Ritter jun. Die einzelnen Rollen sind sehr gut besetzt, so daß nicht nur mit einem sehr interessanten, sondern auch genußreichen Abend zu rechnen ist. Es ist daher wohl zu erwarten, daß dieser Premiere-Abend nicht nur ein literarisches, sondern auch ein gesellschaftliches Ereignis sein wird. (1573 *

Deutsche Bühne Grudziądz. Wie vorauszusehen war, wird der Kinder-Maskenball von allen Seiten mit Freude begrüßt, und weite Kreise bemühen sich, dieses Kinderfest für die Kinder in jeder Weise fröhlich auszugestalten. Die Übelstände, die sich im vorigen Jahr bei dem Kinder-Maskenball durch das Werfen von Konfetti gezeigt haben, werden bei diesem Fest abgestellt werden, weil den Kindern nur Papierschlangen gegeben werden, und diese nicht den Staub entwickeln. Der Kinder-Maskenball wird pünktlich um 5 Uhr durch eine allgemeine Kinder-Polonaise eröffnet und dann werden die einzelnen Figuren aus den Weihnachtsmärchen aufmarschieren. Zuerst die Garde, dann der Kasperle Hans-Wurst; es wird ein Storch hereinschreiten, ein Puppentanz wird aufgeführt und Schneewittchen mit den sieben Zwergen wird erscheinen. Dann werden die Glühwürmchen mit den Waldgeistern tanzen und zwei Clowns die kleine Schar ergötzen. Rotkäppchen mit dem Wolf wird kommen und Teddybären werden mit lustigen Sprüngen die Kinder erfreuen. Die Tiere aus dem letzten Zirkusfest werden aufmarschieren und zum Schluß wird die Hexe mit Hänsel und Gretel in den Saal kommen und die Kinder wiederum zu einer zweiten Polonaise anführen, die an dem Hexenhäuschen vorbeiführt, dort werden den Kindern von der „bösen" Hexe Süßigkeiten verabfolgt. Im kleinen Saal werden mehrere Damen Spiele für die Kinder arrangieren und gegen Schluß soll eine Luftschlangen-Polonaise die Fröhlichkeit der Kinder steigern. Eine Konditorei mit Torten und Kuchen, und ein Restaurant für kalte Speisen werden für das leibliche Wohl sorgen. Die Garderobenkarten werden nur an Kinder der Mitglieder der Deutschen Bühne und der Gemeindehaus-Verwaltung abgegeben und müssen vorher im Geschäftszimmer der Dt. Bühne, Mickiewicza 15, gelöst werden. (1572 *

Thorn (Toruń).

§§ **Die Dienststunden beim hiesigen Hauptpostamt** an Werktagen sind von 8—12 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags. Die Abgabe von Briefmarken erfolgt ohne Unterbrechung von 8—6 Uhr, desgleichen die Annahme von Einschreibebriefen. * *

—* **Vom Standesamt.** Vom 8. bis 15. Januar notierte das städtische Standesamt 45 Geburten, 16 Sterbefälle, hiervon 5 Kinder unter einem Jahr, und eine Eheschließung. * *

§§ **Achtung Autobesitzer!** Wie die Wojewodschaft bekannt gibt, wird bei den jetzigen Kraftwagen- und Fahrzeugregistrierungen verlangt, daß Besitzer von aus Danzig eingeführten Kraftfahrzeugen die betr. Zolldeklaration vorlegen müssen. Kraftfahrzeuge, aus Danziger inneren Kontingents stammend müssen einen Registrierausweis der Außenhandelsstelle der freien Stadt Danzig haben und unterliegen keiner hiesigen Registrierung. Auf diese Weise will man den hintergangenen Zoll einholen. * *

‡ **Verdun,** ein Film aus dem heißesten und blutigsten Kampfgebiet des großen Weltkrieges, läuft zur Zeit im Kino „Pan" in der Mellienstraße 106. Die wahrheitsgetreuen Aufnahmen geben allerdings nur Abschnitte aus den weniger heißen Kämpfen in dieser „Hölle" wieder, denn Bilder, die während des heißesten Artillerieduells aufgenommen wären, hätten vor Pulverdampf und Staub überhaupt nichts erkennen lassen. Es wäre den Operateuren in solchen Stunden auch gar nicht möglich gewesen, sich aus den schützenden Erdlöchern zu Aufnahmen hinauszuwagen. Auf jeden Fall erhält der Zuschauer aber einen ungeföhren Begriff davon, was für übermenschlichen Anstrengungen die tapferen Heere auf beiden Seiten ausgesetzt waren. Der Film, der auch viele Aufnahmen auf deutscher Seite zeigt, wäre als geschichtliches Dokument noch wertvoller, wenn er neben den Kartenskizzen auch Datenangaben enthalten würde; sehenswert ist er auf jeden Fall. das beweist auch der starke Andrang des Publikums. — Nicht ganz einverstanden kann man mit den ständigen Behauptungen eines großen französischen Sieges sein. Der deutsche Sieg war zweifellos zunächst der größere, und die Franzosen haben in monatelangen Kämpfen nur zurückgenommen, was die Deutschen in wenigen Tagen erobert hatten. * *

t **Vom Wetter.** Nach dem leichten Frost und starken Schneefall der letzten Tage trat Dienstag abend ein völliger Witterungsumschlag ein. Bei ein Grad Celsius über Null regnete es, so daß sich der Schnee auch bald zu Wasser auflöste. In den belebten Straßen der Innenstadt war dank der Vorsorge der Straßenreinigungsverwaltung wenig von dem unangenehmen „Schneematsch" zu merken, hier leidet man jetzt nur noch unter den Schmutzfluten, die die vorübersausenden Autos über die Passanten spritzen. Auf den Vorstädten sieht es dagegen noch schlimmer aus; hier muß man sich vielfach sorgfältig einen Weg durch die getauten Schneemassen suchen. — Mittwoch mittag zeigte das Thermometer bereits 5 Grad über Null an. * *

—dt **Von der Strafkammer.** Wegen Angabe eines falschen Namens auf der Polizeiwache wurden ein Władysław Nadolecki und ein Golembiowski aus Culmsee zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Ferner erhielten beide wegen unerlaubten Waffentragens eine Geldstrafe von je 50 Złoty. — Ein Emil Hopke aus Culmsee hatte dem Kaufmann M. Weizen gestohlen und erhielt sechs Monate Gefängnis. — Josef Gasiorowski und Michael Mscisz stahlen ihrem Brotherrn, dem Landwirt K. in Blendowo, 1570 Dollar aus einem verschlossenen Koffer. Beide erhielten je sechs Monate Gefängnis. * *

—* **Wieder eine Lähmung auf der Straße.** Vom Schlage getroffen wurde plötzlich die 33jährige Agnes Michalak am Neustädt. Markt. Der Rettungswagen mußte die Unglückliche ins Krankenhaus bringen. * *

t **Taschendiebstahl.** Einem in der Talstraße wohnhaften Herrn wurde von einem geschickten Langfinger die Brieftasche mit Personalausweis und verschiedenen Dokumenten gestohlen. * *

—* **Ein Opfer der Glätte** auf den Bürgersteigen wurde die Witwe Anna Straßburger aus der Ulmenallee. Sie glitt so unglücklich aus, daß sie sich das Bein brach. * *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Bei ermäßigten Preisen! Donnerstag, 2. Februar, nachm. 3 Uhr, im Dt. Heim: Letztmalige Wiederholung des spannenden Schauspiels „Johannisfeuer" von Sudermann, worauf heute schon hingewiesen sei. (S. Anz. und Plakate.) (1516 * *

d. **Dirschau** (Tczew), 25. Januar. Die zum Bau der Notbrücke auf der Strecke Georgental—Amalienhof abkommandierten Pioniere sind vor einigen Tagen hier eingetroffen und haben mit der Arbeit begonnen. Augenblicklich sind diese damit beschäftigt, die Brücke auf Stapel zu binden, um nach Fertigstellung diese in der Luft ohne Gerüst vorzustrecken. — Die Fahrrinne auf der Weichsel ist durch die Eisaufbrucharbeiten bereits bis nach Graudenz freigelegt. Dagegen ist im Unterlauf des Stromes das Wasser in den letzten Tagen um 1 Meter gestiegen. Das Wasser steigt weiter.

—dt. **Aus dem Drewenzwinkel,** 25. Januar. Nach langen Bemühungen gelang es dem Polizeiposten in Schillno, die Diebesbande aufzuspüren und zu verhaften, welche lange Zeit die ganze Bevölkerung in Schrecken versetzte durch ihre frechen Diebstähle und die höhnisch-humorvollen Bleistiftanschriften an Haus- und Stalltüren der Bestohlenen. Die Bande bestand aus 20jährigen Burschen aus Kongreßpolen.

h **Kauernik** (Kurzętnik), 24. Januar. Der letzte Jahrmarkt war schlecht ausgefallen, denn es herrschte heftiges Schneetreiben und das hielt die meisten Käufer und Verkäufer vom Markt zurück. Nur an Taschendieben fehlte es nicht. Einem Paul Nadolny aus Neumark (Nowemiasto) wurden drei Wechsel auf zusammen 2400 zł gestohlen. — Tollwut. Am 18. d. M. ist auf dem Gute Gwiździny durch den Kreistierarzt die Hundetollwut festgestellt worden.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 24. Januar. Heute standen vor der Strafkammer zwei aus der Untersuchungshaft vorgeführte Glücksspieler. Am 17. Mai v. J. wurden, wie damals berichtet, die jugendlichen Kotcizynski und Sarnowski wegen Glücksspiels in einem hiesigen Café festgenommen. Sie waren gerade damit beschäftigt, einem dritten, den sie als nicht zu ihrem „Geschäft" gehörig angeben, in kaum ¼ Stunde 700 Gulden und 100 zł abzunehmen. K. und S. wurden in Gdingen verhaftet und zu 2 bzw. 1 Jahr Gefängnis verurteilt, legten aber Berufung ein. Heute wurde gegen beide nochmals verhandelt. Das Urteil lautete gegen K 1 Jahr, gegen S. 8 Monate Gefängnis mit Anrechnung der schon abgesessenen Strafe. Da S. noch von Thorn aus eine Strafe abzubüßen hat, konnte er nicht entlassen werden, obgleich seine 8 Monate schon abgebüßt sind.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 29. Jan. 28.
(4. n. Epiph.)

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdst.
Altst. Kirche. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst. — 12 Uhr Kindergottesdst. in der geheizten Sakristei.
Evgl.-luther. Kirche, Bachestr. (Strumykowa) 8 Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst in Sachsenbrück. — Nachm. 6 Uhr: Predigtgottesdst. i. Thorn, Pfr. Brauner.
Gr. Bösendorf. Vorm 10 Uhr Gottesdienst.
Rentschkau. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm, 3 Uhr: Gottesdst
Rudak. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Podgorz. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst.
Gr. Rogau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Leibitsch. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 29. Jan. 28.
(4. n. Epiph.)

Evangel. Gemeinde Grudziądz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 3—7 Uhr Soldatenheim. Mittwoch, abds. 6 Uhr Bibelstunde. Freitag, nachm. 4 Uhr Frauenhilfe.
Stadtmission Grudziądz, Ogrodowa Nr 9. Nachm. ½5 Uhr Jugendbund. Nachm. 6 Uhr: Gottesdienst. Montag, d. 30. Januar in Lopatken. Donnerstag, abds. Bibelstunde.
Rehden (Radzyn). Nachm. 2 Uhr Gottesdst.
Rehwalde (Rywałd). Vorm. 10 Uhr Gottesdst.
Mockrau. Nachm. 2 Uhr Jungmädchenverein.
Nitzwalde. Vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst.
Klodtken. Dienstag, d. 31. Jan., nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.
Dragaß. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.
Schwenten. Nachm. 2½ Uhr: Predigtgottesdienst.
Gruppe. Dienstag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr Bibelstunde.
Lessen Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst. 11½ Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Jugendverein. Dienstag, abends 7 Uhr: Männerverein.

Schönsee. Vrm. 10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr Jünglings- und Jungfrauenverein.
Osterbitz. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Jungfrauenverein.
Gollub. Vorm. ½11 Uhr Gottesdienst, Abendmahl.
Poltau. Nachm. 2 Uhr Gottesdst.

Schwetz.

wl. Soldau (Dzialdowo), 25. Januar. Dem Tode mit knapper Not entgangen ist der Besitzer F. Dembek aus Zugajno, Kreis Strasburg. Als er in der Nacht zum Sonnabend die Bahnüberfahrt bei Radosk mit seinem Schlittengefährt passierte, war er gerade eingeschlafen und bemerkte nicht, daß die Pferde vom Wege abbogen und auf der Bahnstrecke weitergingen. Der Nachtpersonenzug, der nach Warschau geht, holte das Gefährt ein und gab dem Schlitten von hinten einen Stoß, durch den Dembek aus dem Schlitten mehrere Meter weit herausgeschleudert wurde. Die beiden Pferde rissen sich auseinander und jagten davon, während der Schlitten in Trümmer ging. Besitzer und Pferde sind gesund. Jedenfalls wird die Schlittenpartie für Dembek noch ein teures Nachspiel haben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 25. Januar. Vom Dampfhammer erschlagen. In den Haupteisenbahnwerkstätten in Warschau fiel bei der Arbeit eines Dampfhammers der schlecht gezielte 1500 Kilogramm schwere Eisenblock auf den Schmied Jan Petko und zerdrückte ihm den Kopf zu einer unförmlichen Masse. Der tödlich Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

*

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Ortelsburg**, 25. Januar. Zu Tode geschleift. Der Besitzer G. Schiling aus Buduponen-Uthelen hatte in Wedereitischken Schweine abgeliefert und war auf der Rückfahrt in einem Gasthaus eingekehrt. Als er dann abends nach Hause fuhr, war er wahrscheinlich aus dem Schlitten gefallen, und zwar so unglücklich, daß er mit den Beinen in dem Gefährt hängen blieb. Von den durchgehenden Pferden wurde der Unglückliche nun etwa zwei Kilometer geschleift. Schließlich blieben die Pferde in einem Walde nachtüber stehen. In den Morgenstunden wurde der Verunglückte aufgefunden. Er gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich und verstarb am Nachmittag des gleichen Tages.

Der Ausbau von Gdingen.

Warschau, 25. Januar. Im Gebäude des Handels- und Industrieministeriums in Warschau fand eine für den Ausbau von Stadt und Hafen Gdingen bedeutungsvolle Konferenz unter Vorsitz des Abteilungschefs für Hafenfragen im polnischen Handelsministerium, Ingenieur Legowski, statt. Es wurde ein Investitionsplan für einen Zeitabschnitt von fünf Jahren für die Stadt Gdingen beschlossen. Der Plan sieht weitere bedeutende Kredite für die dringendsten Ausbauausgaben der Stadt vor. Zu den dringendsten Aufgaben werden u. a. gerechnet: der Ausbau der Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen nach einem Entwurf von Professor Pomianowski bis zum Jahre 1930, und der Bau von 16 Kilometer neuer Straßen. Die Finanzierungsfrage ist in positivem Sinne bereits entschieden und erledigt worden. Zur Erörterung gelangte sodann der Plan einer Regulierung der Stadt, der eine zonenmäßige Einteilung nach dem Muster von Auslandsstädten vorsieht. Die Stadt Gdingen soll in fünf Bauzonen eingeteilt werden. Große Bedeutung für den Hafen hat der Ausbau der Eisenbahnanschlüsse nach Gdingen. Besonders handelt es sich um den Bau der neuen Linie Bromberg—Gdingen, um die damit zusammenhängende Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen. Aus dem bisherigen Tempo des Hafenausbaues wird der Schluß gezogen, daß der Bau der ersten Serie des Hafens ein Jahr früher als vorgesehen, d. h. bis Ende 1929, fertiggestellt sein wird. Um den Hafen und seine bis dahin fertiggestellten Einrichtungen genügend auszunutzen, muß die Eisenbahnverwaltung eine entsprechende Transport- und Leistungsfähigkeit, besonders für Kohlenzüge aus Oberschlesien nach Gdingen, garantieren. Nach Berechnungen des polnischen Handels- und Industrieministeriums dürfte der Umschlag im Hafen von Gdingen zu Beginn des Jahres 1930 im Monatsdurchschnitt bereits 810 000 Tonnen ausmachen. Infolgedessen ist der vorgesehene Termin der Beendigung des Eisenbahnbaues Bromberg—Gdingen, nämlich 1930, als verspätet anzusehen. Die interministerielle Kommission hat darum auf ihrer letzten Sitzung eine Resolution gefaßt, in welcher die Notwendigkeit einer energischen Beschleunigung des Ausbaues dieser Eisenbahnlinie und der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit auf dem ganzen Eisenbahnnetz Schlesien—Ostsee hervorgehoben wird.

Der Bau einer größeren Ziegelei in Gdingen ist ebenfalls erörtert worden. Es wurde festgestellt, daß angesichts der gesteigerten Bautätigkeit das Bestehen einer größeren Ziegelei am Platze von erstklassiger Bedeutung sei. Die nächste Sitzung der interministeriellen Kommission für den Ausbau von Stadt und Hafen von Gdingen wird am 17. Februar stattfinden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Ungültige Banknoten.

Mit dem 31. Januar 1928 hören die 50-Złotyscheine der ersten Emission mit dem Datum vom 28. Februar 1919 auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Von da ab bis 31. Januar 1929 tauscht sie nur noch die Bank Polski (und deren Filialen) gegen anderes Geld um. — Mit dem 29. Februar 1928 hören ferner die 20-Złotyscheine mit dem Datum des 28. Februar 1919 und des 15. Juli 1924, sowie die 10-Złotyscheine mit dem Datum des 28. Februar 1919 und des 15. Juli 1924 auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Endlich verlieren am 31. März 1928 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel die Zweizłotystaatskassenscheine vom 1. Mai 1925.

Die Postdienststunden im Verkehr mit dem Publikum.

Durch eine Verfügung des Post- und Telegraphen-Ministeriums in Warschau ist folgendes verfügt worden: Die Dienststunden für den Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr sind für das Publikum folgendermaßen festgesetzt:

1. wochentags von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags;
2. an Sonn- und Feiertagen von 9—11 Uhr vormittags für den Verkauf von Briefmarken und Drucksachen, Annahme von gewöhnlichen und Einschreibebriefen, sowie Ausgabe von Zeitungen, Eilübersendungen und Paketen mit lebenden Tieren;
3. der Aushändigungsdienst an Sonn- und Feiertagen in der Stadt wie auf dem Lande beschränkt sich in der Weise, daß der Aushändigung in diesen Tagen unterliegen: a) Eilübersendungen mit Ausnahme von Telegrammen und Eilüberweisungen, b) Avise, aufgeführt unter a) betreffend Nichtaushändigung von Übersendungen und von gewöhnlichen Paketen mit lebenden Tieren;
4. Neujahr, 1. Osterfeiertag, 3. Mai, 1. Pfingstfeiertag, **Fronleichnam und 1. Weihnachtsfeiertag werden Post**sachen überhaupt nicht ausgehändigt und der Außendienst hört auch auf.

Der Fernsprech- und Telegraphendienst ist für das Publikum im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 30. Juni von 7—21 Uhr geöffnet, im Winterhalbjahr vom 1. Oktober bis 31. März von 8—21 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 8—12 und 3—6 Uhr.

Nach Ablauf der Dienststunden sind die Postämter nicht zur Abfertigung des Publikums verpflichtet.

Der Krieg im Aether.

In einer Plauderei stellt der jüdische **„Nasz Przegląd"** einen interessanten Vergleich zwischen dem Radio-Krieg und den gegenwärtigen Vorwahlkämpfen an. Es heißt darin u. a.:

Auf dem Lande, in der Luft und auf dem Wasser herrscht bedingte Ruhe — doch der Aether ist vom Kriegslärm erfüllt. Der Radio-Krieg stellt eines der eigenartigsten und charakteristischsten Merkmale der gegenwärtigen Zeit dar. Tatsächlich rüsten die Staaten bereits auf den Wellen des Aethers und bauen neue Festungen der politischen, wissenschaftlichen, literarischen und musikalischen Propaganda in Gestalt mächtiger Sendestationen.

Die Besitzer von Lampen-Empfangsapparaten kennen schon die Schrecknisse dieses Krieges. Die Welt brüllt, lärmt, quasselt, singt, heult, zischt und knirscht. Es genügt, den Kondensatorknopf zu drehen, um in einen höllischen Strudel zu geraten. Die neuen deutschen „dicken Berthas": Langenberg 25 Kilowatt in der Antenne (Berlin, Leipzig, Hamburg, Breslau) erfüllen die Ohren mit musikalischen Produktionen, landwirtschaftlichen Vorlesungen, mit Jazzband und heulenden Operntransmissionen ... Plötzlich fällt seitwärts auf 7 Kilowatt Wien ein, bewegt sich die heulende Welle Londons und erklingt aus dem Radiogeschoß Königswusterhausen „Deutschland, Deutschland über alles" ... Der ernste Moskauer Beobachter verliest mit seiner Baßstimme Todesurteile — und auf irgendeinem unschuldigen ätherischen Fußpfad, wo bis dahin sentimental Neapel wimmerte, vernimmt man mir nichts dir nichts eine Vorlesung in Leningrad über den Kampf gegen Läuse. In den späten Nachtstunden kommt amerikanischer Entsatz: Die deutsche Station transmittiert Vorlesungen über die Verbreitung der Holzwürmer — aus Pittsburg oder Kansas-City.

Im ätherischen Kampf handelt es sich darum, die Nachbarn zu überschreien, um sich Stimme und Gehör zu verschaffen. Die Radio-Rüstungsbudgets wachsen von Tag zu Tag, die Kilowatts werden immer größer, es mehren sich die Sendestationen. Zu allem Glück kann man diesen Lärm mit „bloßem" Ohr nicht vernehmen. Doch die Wissenschaft schreitet fort: mit der Zeit werden wir auch ohne Empfänger hören, und die Menschheit, die aus der blutigen Sintflut des Weltkrieges heil hervorgegangen ist, wird vom Radio-Krieg taub und idiotisiert.

Auf dem sehr niedrig gelegenen Jammertal des Lebens, auf der Erde, sehen wir eine gewisse Analogie mit diesem Kriege — bei den Wahlen. Während der Wahlkämpfe handelt es sich ebenfalls darum, die Partei-Nachbarstation, die Mandate entsendet, lahm zu legen. Es handelt sich darum, sich Stimme und Gehör zu verschaffen, den Gegner zu überschreien, dem Wähler eine ganze Programmladung politischer Tanzmusik, Märchen für alte Kinder, humoristische Kleinigkeiten und Konzert aus dem Versammlungssaale in das Ohr zu blasen. Selbstverständlich sind die Mittel hier ordinärer als im Radiokampf. Statt der Kondensatoren finden Kombinatoren Verwendung. Statt der Stöpsel — Treiber. Der Gegner wird kaltgestellt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bilanz der Bank Polski für die zweite Januar-Dekade (11.—20. Januar) weist folgende Änderungen in Millionen Złoty auf: Der Edelmetallvorrat (528,9), sowie die Vorräte an Valuten, Devisen und Auslandsguthaben (668,2) verringerten sich um 15,1 auf insgesamt 1197,2. Die zur Notendeckung nicht hinzugerechneten Valuten und Devisen verringerten sich um 7,3 auf 199,6. Die durch Wertpapiere gesicherten Anleihen verringerten sich um 1,6 auf 38, dafür wuchsen die Papiere des Ersatzfonds um 17,2 auf 54,9 Millionen Złoty.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 26. Januar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 25. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,46 bis 57,61, bar 57,50—57,64, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,99—47,19, Posen 46,97—47,17, bar gr. 46,75—47,15, kl. 46,65 bis 47,05, London: Ueberweisung 43,50, Zürich: Ueberweisung 58,25, Riga: Ueberweisung 59,50, Newyork: Ueberweisung 11,25, Mailand: Ueberweisung 217,00, Budapest: bar 64,10 bis 64,40, Bukarest: Ueberweisung 18,08, Czernowitz: Ueberweisung 17,93.

Warschauer Börse vom 25. Januar. Umsätze. Verkauf—Kauf. **Belgien** 124,25, 124,56 — 123,94, **Belgrad** —, **Budapest** —, **Bukarest** —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, **Holland** 359,70, 360,60 — 358,80 —, Japan —, Kopenhagen —, London 43,45½, 43,56 — 43,35, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,04½, 35,13½ — 34,95½, Prag 26,41½, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,70, 172,13 — 171,27, Stockholm —, Wien —, 125,8 — 125,13 (Transito 125,55 — 125,50), Italien —.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 25. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen **London** 25,005 Gd. —,— Br., Newyork —,— Gd. —,— Br., **Berlin** 122,07 Gd., 122,40 Br., **Warschau 57,46 Gd., 57,61 Br.** Noten: **London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Polen 57,50 Gd. 57,64 Br.**

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 25. Januar Geld	Brief	In Reichsmark 24. Januar Geld	Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.792	1.796	1.791	1.795
—	Kanada . . 1 Dollar	4.183	4.191	4.182	4.190
5.48 %	Japan . . . . 1 Yen.	1.968	1.972	1.964	1.971
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	20.948	20.988	20.957	20.993
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	2.161	2.165	2.157	2.161
4.5 %	London 1 Pfd. Sterl.	20.424	20.464	20.43	20.47
3.5 %	Newyork . . 1 Dollar	4.1900	4.1980	4.1905	4.1985
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.505	0.507	0.5045	0.5065
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.276	4.284	4.276	4.284
4.5 %	Amsterdam . 100 Fl.	169.01	169.35	169.12	169.46
10 %	Athen	5.544	5.556	5.594	5.606
4.5 %	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.36	58.48	58.38	58.50
6 %	Danzig . . 100 Guld.	81.69	81.85	81.78	81.84
6 %	Helsingfors 100 fi. M.	10.552	10.572	10.550	10.57
7 %	Italien . . . 100 Lira	22.19	22.23	22.20	22.24
7 %	Jugoslavien 100 Din.	7.379	7.392	7.378	7.392
5 %	Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.24	112.46
8 %	Lissabon . 100 Esc.	20.38	20.42	20.43	20.47
5 %	Oslo-Christ. 100 Kr.	111.96	111.68	111.51	111.73
3.5 %	Paris . . . . 100 Frc.	16.465	16.515	16.475	16.515
5 %	Prag . . . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.421	12.441
3.5 %	Schweiz . . 100 Frc.	80.72	80.88	80.715	80.875
10 %	Sofia . . . 100 Leva	3.030	3.036	3.030	3.036
5 %	Spanien . . 100 Pes.	71.13	71.27	71.18	71.32
3.5 %	Stockholm . 100 Kr.	112.49	112.71	112.43	112.70
6.5 %	Wien . . . . . 100 Kr.	59.075	59.155	59.075	59.185
8 %	Budapest . . . Pengö	73.24	73.38	73.28	73.42
8 %	Warschau . . 100 Zl.	46.99	47.19	46.975	47.175

Züricher Börse vom 25. Januar. Amtlich. Warschau —,—, Newyork 5,1920, London 25,30¾, Wien 73,20, Italien 27,48½, **Belgien 72,35, Budapest 90,80, Helsingfors 13,09, Sofia 3,74½.**

Holland 209,55, **Oslo** 138,20, **Kopenhagen** 139,10, **Stockholm** 140,39, **Spanien** 88,05, **Buenos Aires** 2,22, **Tokio** 2,43, **Bukarest** 3,20, **Athen** 6,88, **Berlin** 123,80, **Belgrad** 9,13¾, **Konstantinopel** 2,69, **Paris** 20,41, **Prag** 15,38½.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,264 Zl., 100 franz. Franken 34,886 Zl., 100 Schweizer Franken 170,926 Zl., 100 deutsche Mark 211,676 Zl., 100 Danziger Gulden 172,754 Zl., tschech. Krone 26,298 Zl., österr. Schilling 127,94 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 25. Januar. Fest verzinsliche Werte: 5proz. Konverf.-Anleihe 65,50 G. 8proz. Oblig. der Stadt Posen 91,50 B. 8proz. Doll.-Br. der Pos. Landsch. 92,75 G. 6proz. Rogg.-Br. der Pos. Landsch. 25,4 +. 5proz. Prämien-Dollaranleihe 63,00 B. Tendenz: etwas schwächer. — Industrieaktien: Bank Przemysł. 1,10 G. Bank Zw. Sp. Zar. 88,00 B. P. Bank Handl. 0,50 G. Cegielski 48,00 G. Goplana 15,00 G. Dr. Roman May 107,00 G. Unja 21,00 G. Tendenz: etwas schwächer. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 24. Januar. (Großhandelspreise für 100 Kilogramm. Weizen 45,00—46,50 Złoty, **Roggen** 38,50—39,50 Złoty, Futtergerste 33,00—35,50 Złoty, Braugerste 40,00 41,00 Złoty, Felderbsen 45—50 Złoty, Viktoriaerbsen 65—85 Złoty, Hafer 33,00—34,50 Złoty, Fabrikkartoffeln —,— Złoty, Speisekartoffeln —,— Złoty, Kartoffelflocken —,— Złoty, Weizenmehl 70 % —,— Złoty, do. 65 % —,— Złoty, Roggenmehl 70 % —,— Złoty, Weizenkleie 29,50 Złoty Roggenkleie 29,50 Złoty franko Waggon der Aufgabestation. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 25. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Weizen	45.50—46.50	Viktoriaerbsen	60.00—82.00
Roggen	38.70—39.70	Wicken	30.00—33.00
Roggenmehl (65 %)	56.75	Peluschken	30.00—33.00
Roggenmehl (70 %)	55.25	Gelbe Lupinen	24.00—25.00
Weizenmehl 65 %)	65.75—69.75	Blaue Lupinen	23.00—24.00
Braugerste	39.50—41.00	Serradella	23.50—24.50
Marktgerste	33.00—35.00	Klee (weißer)	180.00—280.00
Hafer	32.0—34.50	„ (gelb.) m. Schale	60.00—80.00
Weizenkleie	27.25—28.25	„ (gelb.) o. „	150.00—180 00
Roggenkleie	27.70—28.70	„ (roter)	220.00—310.00
Rübsen	63.00—70.00	„ (schwed.)	260.00—320.00
Felderbsen	48.00—53.00	Heu, lose	—.—
Folgererbsen	55.00—65.00	Stroh, gepr.	—.—

Gesamttendenz schwächer. Der Bargeldmangel hindert den Umsatz. Braugerste bei höherem Gewicht als Standart über Notiz. Klee, vorzüglich in Korn, Farbe und Reinheit, über Notiz.

Weizen und Roggen schwach: Braugerste und Hafer ruhig; Roggenmehl (70proz.) und Weizenmehl (65proz. ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 25. Januar. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 233—236 (74,5 Kilogr. Hektolitergewicht), März 264,75—264,00, Mai 272,50—272, Juli 275,50, Roggen märk. 235—238 (69 Kg. Hektolitergewicht, März 260,50—260, Mai 266,00, Juli 256,50—256,00, Gerste: Sommergerste 220—270. Hafer märk. 202—213. März —, Mai —,—, Juli —,—. Mais loko Berlin 213—215 (zollbegünstigter Futtermais). Weizenmehl 29,75 33,75. Roggenmehl 30,75 bis 33,50. Weizenkleie 15,20. Roggenkleie 15,20. Raps 345—350. Viktoriaerbsen 50—56, kleine Speiseerbsen 32 bis 35, Futtererbsen 21 bis 22, Peluschken 20—21. Ackerbohnen 20—21. Wicken 21—24. Lupinen, blau 14,00—14,75. Lupinen, gelb 15,70—16,10. Serradella neue 21—25. Rapskuchen 19,90—20,10. Leinkuchen 22,00 bis 22,20. Trockenschnitzel 12,30—12,50. Sojaschrot 22,00—22,40. Kartoffelflocken 23,60—23,90.

Tendenz für Weizen matt, Roggen mattter, Gerste ruhig, Hafer fester, Mais still, Weizenmehl matter, Roggenmehl matter, Weizenkleie etwas fester, Roggenkleie etwas fester.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 25. Januar. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 135,25. Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 % 214, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 95,00—100,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 78,00—79,00.

Viehmarkt.

Myslowitzer Viehmarkt vom 25. Januar. Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 26 Ochsen, 95 Bullen, 806 Kühe, Rinder insgesamt 927, 1797 Schweine, 30 Kälber, zusam. 2754 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Złoty:

Rinder: Ochsen: vollfleisch., ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgew., nicht angespannt — ausgem. Ochsen, junge und ältere, —,—, mäßig genährte junge, gut genährte ältere —,—. — Bullen: vollfleischige, ausgewachsene von höchstem Schlachtgewicht im Alter von 1—6 Jahren —,—, vollfl., jüngere —,—, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere —,—. — Färsen und Kühe: vollfleisch. ausgemäst. Kühe und Färsen von höchst. Schlachtgew. bis — Jahre 156—157, ältere ausgemästete Kühe und weniger gute junge Kühe und Färsen 150—155, mäßig genährte Kühe und Färsen 149, schlecht genährte Kühe und Färsen —,—.

Schweine: Gemästete über 150 Kilogramm Lebendgewicht 226—235, vollfleischige von 120—150 Kilogr. Lebendgewicht 216 bis 225, vollfleischige von 100—120 Kilogr. Lebendgewicht 206—215, vollfleischige von 80—100 Kilogr. Lebendgew. 190—205, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogr. Lebendgew. —,—. Sauen und späte Kastrate —,—.

Berliner Viehmarkt vom 25. Januar. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 1315 Rinder (darunter 215 Ochsen, 353 Bullen, 747 Kühe und Färsen), 2450 Kälber, 3307 Schafe, — Ziegen, 16 078 Schweine und 993 Auslandsschweine.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfl., ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) —,—, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtw. im Alter von 4 bis 7 Jahren 53—57, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 47—51, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 40—45. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 55—57, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwertes 51—53, c) mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere 48—50, d) gering genährte 44—46. Kühe: a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes 45—46, b) sonstige vollfleischige oder ausgem. 32—42, c) fleischige 25—29, d) gering genährte 20—22. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtw. 55—57, b) vollfleischige 48—53, c) fleisch. 42—46. Fresser: 38—47.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,—, b) feinste Mastkälber 78—85, c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber 60—75, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 46—55.

Schafe: a) Mastlämmer u. jüngere Masthammel: 1. Weidemast —,—, 2. Stallmast 57—62, b) mittl. Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 50—55, c) fleischiges Schafvieh 40—47, d) gering genährtes Schafvieh 25—35.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht —,—, b) vollfl. von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 54, c) vollfleisch. von 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht 52—53, d) vollfleisch. von 160—200 Pfd. 50—51, e) 120—160 Pfd. Lebendgew. 45—48, f) vollfl. unter 120 Pfd. —,—, g) Sauen 46—49. — Ziegen: —,—.

Marktverlauf: Bei Rindern in guter Ware glatt, sonst ruhig, bei Kälbern, Schafen und Schweinen ruhig.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel am 25. Januar:

Krakau	— 2,43 — (2,40)	Graudenz	+ 2,03 + (2,08)
Zawichost	+ 1,59 + (1,67)	Kurzebrak	+ 2,27 + (1,27)
Warschau	+ 2,10 + (2,20)	Montau	+ 1,83 + (—)
Plock	+ 2,53 + (2,63)	Pieckel	+ 1,67 + (1,67)
Thorn	+ 2,60 + (2,62)	Dirschau	+ 1,38 + (1,36)
Fordon	+ 2,37 + (2,38)	Einlage	+ 1,98 + (2,06)
Culm	+ 2,40 + (2,40)	Schiewenhorst	+ 2,10 + (2,20)

(Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Eisbericht vom 25. Januar:

Eisverhältnisse auf der oberen Stromweichsel unverändert. Von km 684—830 Eisverhältnisse unverändert, von km 830 bis zur Mündung schwaches Brucheistreiben, Eisaufbruch bis km 830. „Drewenz" und „Brahe" vor Ort, „Montau" und „Ferse" Streckendienst, „Welle" stromauf zur Bruchstelle mit Kohlen, die übrigen liegen in Einlage.

Deutsche Fraktion und deutsche Schule.

Von **Paul Dobbermann.**

Der erste (verfassunggebende) Sejm befaßte sich mit der Schulfrage in zwei grundlegenden Gesetzen, nämlich in dem Staatsgrundgesetz selbst und in dem schon oft zitierten Gesetz vom 17. 2. 22 über die Gründung und Unterhaltung öffentlicher Volksschulen. Das Prinzip der nationalen Trennung der Schulen, das in unserem Teilgebiet von der Nachkriegsregierung eingeführt wurde, im österreichischen Teilgebiet in dem dortigen Privatschulsystem faktisch bestand, im russischen Teilgebiet durch die Okkupationsbehörde dem deutschen Schulverbande und den ihm angehörigen deutschen Schulen zugrunde gelegt wurde, wurde in der Verfassung vom 17. März 1921 nicht verankert. Der Art. 118 spricht nur von allgemeinen Schulen (Volksschulen), in denen der Unterricht obligatorisch für alle Staatsbürger sei.

In einer Fußnote auf Seite 7 meines Buches „Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet" wurde ausgeführt, daß in dem ersten Entwurf vergessen war, die konfessionelle Schule verfassungsmäßig zu verankern, daß man aber in den beiden letzten Lesungen davon abkam, und daß die deutschen Abgeordneten mit den anderen Minderheiten gegen die Konfessionsschule stimmten. „Aber nicht, um der schulbehördlichen Praxis für ihre minderheitenverwischende Tätigkeit Vorschub zu leisten, sondern vielmehr, um die Bahn für eine Trennung der Schulen auf nationaler Grundlage frei zu haben." Dazu schreibt Herr Jan Suchowiak: „Also den evangelischen Deutschen ging es um die Einbeziehung der deutsch-katholischen Kinder in ihre, in den Händen deutsch-evangelischer Erzieher liegenden Schulen mit deutscher Unterrichtssprache! Was wird der Domherr, Abgeordnete K. (Klinke — Der Verfasser) dazu sagen?" Es soll zwar in diesem Aufsatz nicht wieder eine Auseinandersetzung mit Jan Suchowiak vor sich gehen; aber diesem hämischen Einwand muß doch erwidert werden: Es ging den deutschen Abgeordneten allerdings um Einbeziehung der deutschen katholischen und deutschen evangelischen Schulen in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, aber nicht in solche, die gerade ausgerechnet in Händen evangelischer Erzieher lagen.

Hier sei gleich noch auf einen anderen Anwurf Suchowiaks eingegangen, den er in seiner Schrift auf derselben Seite 13 macht: „Nicht weniger interessant ist das Geständnis des Verfassers, daß die bisher ruhige deutsche Bevölkerung erst durch Belehrung (sic Verhetzung) in der deutschen Presse und durch die Organisation der Schulabteilung des Deutschtumsbundes sich erdreistete, hier und dort gegen die Anordnungen der Schulbehörde zu protestieren." Das sind Ungereimtheiten. Wenn nach einer so großen politischen Umwandlung, wie sie 1918 geschah, die Bevölkerung zunächst betäubt war, so besteht kein Grund, das als „ruhig" zu bezeichnen, in dem Sinne, daß sie mit den schulbehördlichen Maßnahmen einverstanden war. Im übrigen heißt es Eulen nach Athen tragen, wenn ich Herrn Suchowiak jetzt sage, daß die Verteidigung irgend welcher nationalistischen, politischen, sozialen oder sonstigen Belange immer zuerst durch die Führer geschieht: in der Presse, im Vortrag usw. Daß die deutsche Minderheit in diesem Teilgebiet sich führen ließ, das als Dreistigkeit auf Grund von Verhetzung zu bezeichnen, ist eine Naivität des Verfassers, die um so weniger zu verstehen ist, als er selbst zur „Zeit der Knechtschaft" ein Führer seines Volkstums war, wie er an anderer Stelle seines Buches ausführlich schildert.

Der verfassunggebende Sejm hat also die konfessionslose Schule im Staatsgrundgesetz nicht verankert. Die Stellungnahme unserer Abgeordneten scheint um so begründeter, als der Artikel 108 der Verfassung autonome Minderheitenverbände zur Wahrnehmung kultureller Zwecke, einschließlich Schulen, vorsah. Das von demselben Sejm angenommene Gesetz vom 17. 2. 1922 über Gründung und Unterhaltung öffentlicher Volksschulen, das die Schulunterhaltung völlig auf utraquistische Grundlage stellte und eine Evolution im Sinne des Artikels 108 der Verfassung verbaute, kam gegen die Stimmen unserer Abgeordneten zustande . . . Es war außerdem noch gelungen, den Artikel 18 hineinzubekommen, der eine Regelung der Minderheitsschulen durch ein besonderes Gesetz verspricht. Während solche Gesetzgebung im polnischen Sejm getätigt wurde, ging eine Regierungserklärung vom 24. Januar 1922 beim Völkerbunde ein, die die Lage des Minderheitenschulwesens günstig darstellte. Dadurch veranlaßt, trug der damalige Deutschtumsbund die deutschen Schulwünsche in einem Memorial vom 1. August 1922 vor, das den Hauptzweck hatte, eine Auslegung der Art. 8 und 9 des Minderheitenschutzvertrages zu erlangen.

Als im November 1922 unsere Abgeordneten in den zweiten, eben verflossenen polnischen Sejm gingen, fanden sie die utraquistischen Grundlagen der polnischen Schulpolitik schon festgelegt vor. Es ging für sie nun um zweierlei: 1. im Rahmen der bestehenden Bestimmungen für Einzelfälle etwas herauszuholen, 2. eine grundsätzliche Änderung der gesetzgeberischen Linie herbeizuführen.

Für den ersten Fall dienten Interpellationen im Sejm, Korrespondenzen mit dem Unterrichtsminister außerhalb des Rahmens der Interpellation, Audienzen im Ministerium und bei den Kuratorien. Herr Jan Suchowiak entrüstet sich in seiner schon oft zitierten Schrift darüber, daß die deutschen Abgeordneten so oft den Weg der Interpellation (er zählt 30 Fälle) eingeschlagen hätten. Er unterschiebt, dieser Weg wäre deshalb eingeschlagen worden, um von den Behörden noch ungeklärte und ungeprüfte Sachen vor der Welt zu verbreiten, um das Ansehen der polnischen Behörden herabzusetzen. Dann ruft er aus: „Im eigenen Interesse tut ihr besser, meine Herren, wenn ihr in bezug auf die polnischen Behörden den Weg der Verständigung, der Zurückhaltung und der Nachgiebigkeit beschreitet!" Es ist einleuchtend, daß den schulbehördlichen Beamten Interpellationen unbequem sind und daß ihnen Nachgiebigkeit lieber ist. Wenn aber der deutschen Bevölkerung Einwände bei den Behörden als „Dreistigkeit" ausgelegt werden, ja wenn ihnen außerdem die Aktivlegitimation abgesprochen wird, wie das auch vorkam, kann man sich ungefähr vorstellen, was unter „Nachgiebigkeit" zu verstehen ist. „Ich werde dir nicht mehr nach dem Leben trachten, wenn du von selber deinen Geist aufgibst", soll einmal einer zu seinem Gegner gesagt haben.

Wenn die Abgeordneten Graebe und Daczko ihre Interpellationen und sonstige Schreiben an das Kultusministerium richteten, wenn die Abgeordneten Klinke und Daczko dasselbe Ministerium durch häufige mündliche Aussprachen auf die deutschen Schulnöte aufmerksam machten, so verdienten sie sich den Dank des hiesigen Deutschtums. Und es muß betont werden, daß die Abgeordneten für den größten Teil der von ihnen angeschnittenen Einzelfälle eine befriedigende Erledigung vom Ministerium erlangten. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte Jan Suchowiak als Vertreter der unteren Behörden sein Klagelied nicht angestimmt.

Schwieriger war es für die Fraktion, die grundsätzliche Richtung der utraquistischen polnischen Schulpolitik in ein anderes Gleis zu bringen, und dies um so mehr, als der Art. 9 des Minderheitenschutzvertrages in seiner Auslegung strittig ist. Die utraquistisch gerichteten Gesetze hätten nur durch neue gesetzgeberische Maßnahmen grundsätzlich beseitigt werden können. Daß das aber bei der Gesamtkonstellation im Sejm nicht möglich ist, weiß jedes Kind. Es war ja den Minderheiten auch nicht möglich, das gegen die nationale Entwickelung in den Ostgebieten gerichtete Gesetz vom 31. Juli 1924 zu verhindern, obwohl die Ukrainer es als Provozierung bezeichneten. Nichtsdestoweniger versuchte die Fraktion, das Ministerium zu einer Regelung unserer Schulwünsche im preußischen Teilgebiet auf dem Wege der Verordnung zu veranlassen. Indem sie unterstellte, daß der Artikel 9 des Minderheitenschutzvertrages und der Artikel 110 der Verfassung eine nationale Trennung erheische, legte sie auf Grund einer sehr sorgfältigen Statistik dem Ministerium einen bis ins Einzelne ausgeführten Plan vor, wie die deutschen Kinder aus den polnischen Schulen herausgezogen werden könnten durch Unterbringung in deutsche Nachbarschulen, bestehende oder zu gründende Privatschulen, neu zu gründende öffentliche Sammelschulen. Die Forderung wurde am 22. Oktober 1924 in Form einer großen Interpellation ausdrücklich gestellt. In seiner Antwort am 11. Januar 1925 wurden die Forderungen, eben weil sie grundsätzlicher Art waren, abgelehnt. In der Antwort heißt es u. a.: „Das Verlangen nach Schaffung von Sammelschulen ist unbegründet, da es dazu keine gesetzlichen Grundlagen gibt und auch aus keiner Pflicht des Staates folgt. — Die Bildung von Schulbezirken nach Nationalitäten findet keine Begründung in dem Gesetz vom 12. Februar 1922. — Endlich bemerke ich, daß ich die Beteiligung der Vertreter der deutschen Minderheit für die Prüfung und Durchführung der Beschwerden und der Ratschläge der Herren Interpellanten für überflüssig halte, da die Schulbehörden in Übereinstimmung mit dem bestehenden Rechtszustande verfahren und die Eltern sich in konkreten Fällen an die Oberbehörde wenden können."

Aus dieser Antwort erhellt, **daß nur neue Gesetze helfen können.** Daß das Ministerium sich hinter die bestehenden Gesetze verschanzte, mußte schließlich hingenommen werden, daß es sich aber in Hyperbeln bewegte, mußte zurückgewiesen werden. Der Abgeordnete Graebe hat deshalb in den Tageszeitungen eingehend dazu Stellung genommen. Es wird nicht unwichtig sein, einige Kernstellen seiner Ausführungen ins Gedächtnis zurückzurufen: „Die kategorische Behauptung, daß in Pommerellen überall da, wo die Kinder nicht lebensfähiger deutscher Schulen nicht in deutsche Nachbarschulen untergebracht werden können, in deutsche Sammelschulen zusammengefaßt werden, stimmt gar nicht und ist eine geradezu herausfordernde Unrichtigkeit. . . . Soviel aber ist sicher, daß solche „Ausnahmen" nicht durch das Sparsamkeitsprinzip, sondern durch das Polonisierungsprinzip zustande gekommen sind. Jede andere Formulierung ist ein Spiel mit Worten . . . Es gibt keine deutschen Eltern, die den Besuch polnischer Schulen für ihre Kinder wünschen. . . . Die Behörde hat kein Recht, so zu tun, als ob sie vielfach nur den Wunsch deutscher Eltern erfülle, wenn sie ihre Kinder in polnische Schulen steckt, als ob sie überhaupt etwas auf die Wünsche der Eltern gäbe . . . Wir wissen, daß auch die deutsch-katholischen Eltern die Aufhebung dieses unwürdigen Zustandes wünschen. . . . Wir haben also gar keine Veranlassung, zur Kenntnis zu nehmen, daß in den polnischen Schulen Unterricht im Deutschen geführt werde . . . Wir müssen derartige, ein ganz falsches Bild gebende Auslassungen auf das Entschiedenste zurückweisen . . . Am 11. Januar 1925 ist die Linie der polnischen Minderheitenschulpolitik auf einem so tiefen Stande angelangt, daß wir keinen Anlaß mehr haben, daran zu glauben, daß unsere berechtigten Wünsche und Klagen noch einen Widerhall bei unseren inländischen Stellen finden werden."

Die grundsätzlich falschen Dinge der ministeriellen Antwort wurden in neuen Interpellationen richtig gestellt. So hatte der Minister behauptet: „Es ist kein Bedürfnis vorhanden, die deutschen Kinder, die gegenwärtig in polnische Schulen gehen, auszuschulen; denn diesen Kindern ist der Unterricht in der deutschen Sprache und Religion gesichert." Auf diese Behauptung hin haben der Abgeordnete Graebe und seine Fraktionsfreunde am 30. März 1925 eine neue Interpellation eingebracht, in der unter namentlicher Aufführung von 200 Fällen als Beispiele für viele mehr, die Unstichhaltigkeit der ministeriellen Behauptung dargetan wurde. Am 31. 5. 1926 gab der Minister eine Antwort, von der der Abgeordnete Graebe in einem Zeitungsartikel sagt: „Es ist festgestellt, daß erst in fünf Fällen nach unserer Interpellation deutscher Sprachunterricht eingeführt wurde. Es liegt also das offenbare Bestreben der Schulbehörde, die dem Ministerium zu berichten hat, vor, durch nachträgliche Einführung einiger deutscher Sprachstunden die Angaben unserer Interpellation als unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Wir danken für eine derartige Sicherung des deutschen Unterrichts in polnischen Schulen. Die Art aber, wie unsere sachlich unbedingt haltbaren Wünsche in Schulangelegenheiten behandelt werden, ist geradezu eine Verhöhnung."

Bei dem damaligen Kabinett war also ein Verlassen der utraquistischen Linie nicht zu erreichen. Bei dem nachfolgenden auch nicht. Das aber steht fest, daß die deutschen Abgeordneten, in unserem Teilgebiet insbesondere die Herren Daczko und Graebe alles Menschenmögliche getan haben, um das herauszuholen, was trotz der einzwängenden Gesetze und trotz der Kontrastellung der Behörden möglich war. Ihr Vorgehen darf auch als taktisch richtig bezeichnet werden.

Das Wichtigste aber, was die Fraktion in den beiden letzten Jahren tat, ist die Vorbereitung der Kulturautonomie, die einzig und allein als ausreichende Erfüllung des Art. 18 des Gesetzes vom 17. 2. 1922 und des Artikels 110 der Verfassung anzusehen ist. **Die Fraktion hat das nationale Kataster anlegen lassen,** das manchem Mitarbeiter Arretierung, Gerichtsverhandlung und Verurteilung und den Abgeordneten Graebe und Klinke Auslieferungsanträge einbrachte. Aber unentwegt gehen die Führer ihren Weg; sie **bekundeten noch am letzten Tage vor Schluß des alten Sejm, daß die Sorge um die deutschsprachige Schule, das höchste Kulturgut, ein Hauptpunkt ihres Programms war, ist und sein wird, indem sie dem Ministerpräsidenten noch die Forderung der Kulturautonomie unter Berufung auf die getätigten Vorbereitungen unterbreitete.**

Das, was unsere Abgeordneten als Schlußstein in die verflossene Session setzten, wird als Grundstein in der neuen Session stehen: die Sicherung unserer Schulbelange durch ausreichende gesetzgeberische Maßnahmen mit dem Ziel einer Kulturautonomie. Es ist nicht zu bezweifeln, daß alle Minderheiten sich auf diesem Wege treffen werden.

Briefkasten der Redaktion.

L. 100. Dem Gesetze nach sind Sie zu keiner Aufwertung mehr verpflichtet, da der Betrag seinerzeit vorbehaltlos angenommen worden ist. Die Ansprüche des früheren Gläubigers auf Grund des deutschen Aufwertungsgesetzes sind nicht minder unbegründet, da deutsches Recht hier nicht in Frage kommen kann, also auch nicht die dort vorgesehene Rückwirkung. Sie genügen Ihren moralischen Verpflichtungen (gesetzliche gibt es, wie gesagt, nicht) vollständig, wenn Sie eine 15prozentige Aufwertung nach polnischem Recht konzedieren und den Wert der im September 1922 gezahlten Summe davon in Abzug bringen. Die 15 Prozent würden ausmachen 1481,47 Zł. Dazu kommen die Zinsen von 1920 (einschließlich). Abzuziehen wäre der Wert der 10 000 Mark vom September 1922, der 55,50 Zł. beträgt. Die Zinsen vom 1. Juli 1924 an von der aufgewerteten Summe (1481,47 Zł.) sind fällig, das Kapital und die früheren, bis 1920 einschl. reichenden Zinsen sind nach ordnungsmäßiger Kündigung fällig. Als Kündigung wird die jetzige Mahnung anzusehen sein.

K. H. B. 55. An Kapital haben Sie 15 Prozent = 740,70 Zł. zu fordern und an Zinsen für 8 Jahre zu 5 Prozent 296 Zł.

W. H. P. Aus dem Zusatz „= 192 Dollar" in dem Schuldschein ist ersichtlich, daß Sie sich verpflichtet haben, das Darlehn in dem Werte zurückzuzahlen, den Sie erhalten haben. Sie haben danach 15 Prozent Zinsen von dem Dollarbetrage zu zahlen.

Nr. 4. Wir können es natürlich nicht wissen, aber wir zweifeln stark, daß Ihnen dies gelingen wird.

D. D. 54. Ausländer, und dazu gehören auch Optanten, können in Polen Grundbesitz nur erwerben mit Genehmigung des Ministerrats.

F. F. Leider können wir Ihnen darüber keine Auskunft geben, da wir zu Kzynica gar keine Beziehungen haben.

R. D. Wir müssen wissen, ob die Grundstücke, die mit Restkaufgeld belastet sind, nach dieser Belastung den Besitzer gewechselt haben oder nicht. Die Hypothek von 9000 Mark wird mit 15 Prozent aufgewertet, und wenn sie aus dem Jahre 1907 stammt, beträgt die Aufwertung 1666,65 Zł.

Deutschland in 50 Jahren.

Utopie — oder Wirklichkeit?

Für die Zukunft scheint stets großes Interesse vorhanden zu sein; mit der Zukunft beschäftigt man sich, wenn auch nicht so gern wie mit der Vergangenheit, so doch manchmal lieber als mit der Gegenwart. Es ist dabei auffallend, daß die weitere Zukunft die Aufmerksamkeit oft mehr auf sich lenkt, als die nähere. Die Zukunftsromane behandeln gewöhnlich die Zeit, die einige Jahrhunderte vor uns liegt, vielleicht aus dem Grunde, weil man glaubt, in einer längeren Zeitspanne größere Wandlungen schildern zu können. Und vielleicht auch, weil dies weniger verantwortlich und schwer kontrollierbar ist. — Versucht man aber, sich einen Blick in die nähere Zukunft zu verschaffen, so geht man gewöhnlich von einem einzigen Faktor aus, der in der Tat für unsere Zeit charakteristisch ist, nämlich von der Technik. Die Romane von Jules Verne, die noch vor dem Kriege eine spannende Lektüre waren, weil sie mit „unmöglichen" Dingen, wie fliegenden Schiffen, Weltreisen in 80 Tagen, Unterseebooten und anderen „Phantasmagorien" erfüllt waren, interessieren uns zu einem gewissen Teile nicht mehr, weil durch die Wirklichkeit, die phantastischer ist, als die menschliche Phantasie, die Technik längst überholt ist. Die Technik macht aber nicht das ganze Wesen des heutigen Lebens aus. Ja, man kann vielleicht sogar sagen, daß gerade die Technik, die so große Fortschritte zu verzeichnen hat, die menschliche Phantasie nicht mehr anregt, weil die technischen Zukunftsträume zu einem erheblichen Teil in Erfüllung gegangen sind. Man strebt nach dem, was man nicht besitzt. Und da ist für unsere Zeit weniger die technische Unvollkommenheit, als die moralische, soziale und politische charakteristisch. So ist es nun verständlich, daß die modernen Prophezeiungen für die nähere Zukunft gerade dieses Loch auszufüllen suchen und sich mit den Themen einer neuen Gesellschaftsordnung befassen.

Als Vertreter dieser neuen Prophezeiungsrichtung kann mit Recht R. H. Francé betrachtet werden, der soeben eine interessante Broschüre: „Phoebus, Ein Rückblick auf das glückliche Deutschland im Jahre 1980" (Dreimasken-Verlag, München), veröffentlicht. Von der heutigen Wirklichkeit ausgehend, von den Tendenzen, die ein aufmerksamer Blick heute schon hie und da entdecken kann, baut Francé eine Welt, in der nicht nur die Technik triumphiert, sondern auch der politische Friede und die wirtschaftliche Harmonie herrschen.

„Glücklich, wer in Deutschland!" Dieser Satz soll nach Francé im Jahre 1980 ein ständiger sein. Francé stellt sich auf den Standpunkt eines Zukunftsmenschen aus dem Ende des 20. Jahrhunderts und betrachtet nun rückblickend die Welt. Da sehen wir, daß die Engländer, die Indien längst verloren haben, diesen Verlust nicht als Todesstoß für das Britische Reich erlebten und sich sehr schnell von diesem Schlag erholt haben. Sie haben eine große Reform, nämlich auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, herbeigeführt, indem sie ektogenetische Zeugung proklamierten. Jede gebildete Engländerin hat auf das erotische Leben verzichtet, und in den staatlichen Ovigenerationsanstalten werden alljährlich 200 000 Engländer, fast die Hälfte des ganzen Zuwachses, „ausgebrütet". Es sind dies die besten Arbeiter und Beamten. Frankreich seinerseits hat sich mit der Einführung von Berthelot's Nahrungspillen beholfen. Die Monopolisierung der Eiweißwürfel — Zucker, Fett und Eiweiß werden der Luft entnommen — hat Frankreich zum Weltkapitalisten gemacht. Die unendliche Ebene der Sahara haben die Franzosen mit Hilfe von Stickstoffkulturen fruchtbar gemacht. Diese neuentdeckte Welt wurde mit allen Mischlingen der Erde besiedelt und ist zum neuen Pulverfaß der Welt geworden. Das Saharaproblem steht im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit, wie einige Jahrzehnte vorher das Problem des inzwischen zum Siechtum verurteilten Amerika. Rußland dagegen ist die letzte Monarchie der Welt, seitdem es das kommunistische Experiment liquidierte und zum Zarentum zurückkehrte. —

Und nun Deutschland: Die Deutschen sind den Engländern auf dem Wege der Einführung der ektogenetischen Zeugungen nicht gefolgt: sind vielmehr der Liebe und der Ehe treu geblieben. Das ektogenetische Fortpflanzungssystem wurde in Deutschland durch den Volksentscheid von 1980 abgelehnt. Der Nachwuchs aber wird mit Hilfe von neugefundenen wissenschaftlichen Methoden ausgewählt, reguliert und kontrolliert. Die Kinder gehören der Allgemeinheit, von der sie erzogen und durch besondere Berufseignungsverfahren für eine passende Tätigkeit geschult werden. Diese Erziehungsreform hat eine völlige Änderung der Lage der Frau zur Folge. Eine neue Frauenwürde, von dem Gefühl, nur für Gebär- und Erziehungszwecke zu leben, befreit, ist entstanden, und daraus ein neues, glücklicheres Familienleben. Das soziale Glück entwickelte sich aus richtiger Bevölkerungspolitik und aus vernünftiger Verwertung von Erfindungen. Das Fabrikwesen ist fortgefallen, weil die Biotechnik (Produktion auf kaltem Wege) durch Fortschritte der chemischen Wissenschaft ermöglicht wurde. So wurden die Großstädte und Industrieorte aufgehoben, und damit das Proletariat. Der Ruhrbezirk z. B., diese „Hölle Deutschlands" in der schwerindustriellen Epoche, ist ein rauch- und staubloses Lungenparadies voll fröhlicher, gesunder Menschen geworden. Die Biotechnik hat das Gesetz vom Lebensraum zur Herrschaft gebracht, vom Lebensraum, den jeder braucht und der jedem gewährt werden kann und muß. Krankheiten und soziale Kämpfe sind verschwunden. Das Paradies herrscht auf Erden.

Dieses Bild des künftigen Glückes ist eine Utopie, wie alle anderen Versuche dieser Art. Ein Stückchen Wahrheit aber steckt doch in jeder Utopie. Es ist außerdem interessant zu sehen, in welcher Richtung sich die heute entworfenen Zukunftsbilder bewegen, und wie sie, wie dies Francé tut, aus bereits bestehenden kulturellen Ansätzen entwickelt werden. Für jede Nation wird das für sie Charakteristische hervorgehoben und zur Betonung gebracht. Die Bedeutung solcher Prophezeiungen liegt gerade darin, daß sie uns helfen, die Gegenwart zu verstehen, indem gewisse charakteristische Züge der Gegenwart hervorgehoben und gewissermaßen ad absurdum weiterentwickelt werden. Ad absurdum? Das ist auch noch eine große Frage. Wir wollen lieber abwarten. Nur Geduld! . . .

N. F.

1918 — 1928.

Eine historische Erinnerung.

In politischen Kreisen erinnert man sich jetzt eines historischen Dokuments, das die Rolle der Staatsverwaltung bei der Wahlaktion bestimmt und maßgebend auch für die jetzige Wahl sein müßte, da es in der Zwischenzeit eine Abänderung nicht erfahren hat. Dieses Dokument ist das im Jahre 1918 in der Wahlperiode zum gesetzgebenden Sejm von dem damaligen Innenminister Thugutt erlassene Rundschreiben, das folgenden Wortlaut hatte:

„In Anbetracht des bevorstehenden Termins der Wahlen zum gesetzgebenden Sejm weise ich die Distriktskommissare, Bürgermeister und Gemeindevorsteher mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Staats- und Kommunalorgane unter keinem Vorwand einen Druck auf die Wähler zugunsten irgendeiner Kandidatenliste ausüben dürfen. Beamte, die sich einer derartigen Überschreitung ihrer Amtsgewalt schuldig machen, werden zur strengen Verantwortung gezogen werden. Die Wahlen müssen sich unter Wahrung der vollkommenen bürgerlichen Freiheit abwickeln, damit der tatsächliche Wille des Volkes ohne die geringste Behinderung seinen Ausdruck finden kann.

Die Distriktskommissare, Bürgermeister und Gemeindevorsteher sind verpflichtet, den Wahlkommissaren sowie den Haupt- und Ortswahlkommissaren in ihrer schweren Arbeit jegliche Hilfe zu erteilen.

Ich erinnere gleichzeitig daran, **daß die aktive Teilnahme der Staatsorgane an der politischen Agitation überhaupt unzulässig ist**, da sie ihr Ansehen untergräbt und das Vertrauen der breitesten Bevölkerungskreise zu ihnen in Frage stellt. Ich habe nicht die Absicht, die persönlichen Überzeugungen der Beamten irgendwie zu behindern, die Beamten müssen jedoch, wenn sie offiziell auftreten, vollkommene Unparteilichkeit wahren."

Zustand der Wege und Straßen in Polen.

Anfang d. M. wurde im Warschauer Polytechnikum eine „Wegeausstellung" eröffnet, auf der u. a. ein reiches statistisches Material zu finden ist, das einen genauen Begriff von dem gegenwärtigen Zustand der Wege und Straßen in Polen gibt und davon, was bereits zur Verbesserung geschehen ist und noch zu geschehen hat. Im folgenden seien die wichtigsten Ziffern dieser Statistik angeführt, und zwar besonders die gegenwärtige Dichte des polnischen Straßennetzes im Vergleich zu der der westeuropäischen Staaten.

Auf einen Quadratkilometer Oberfläche entfallen in Metern an festen Straßen und Chausseen: England 1174, Frankreich 1088, Deutschland 552, in Polen nur 114 Meter. In den einzelnen Wojewodschaften ist die Länge wie folgt: Schlesien 350, Krakau 311, Pommerellen 263, Posen 223, Stanislau 212, Tarnopol 181, Lemberg 163, Lodz 134, Warschau 130, Kielce 98, Bialystok 75, Lublin 55, Wolhynien 27, Nowogrodek 24, Polesie 18 und Wilna 11 Mtr. Berechnet auf die einzelnen Teilgebiete ergeben sich folgende Zahlen: im ehemals preußischen Teilgebiet 251 Meter feste Straßen auf einen Quadratkilometer, im ehemals österreichischen Teilgebiet 213 Meter, in Kongreßpolen 75 Meter und in den Ostgebieten 20 Meter.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß das Straßennetz in Kongreßpolen etwa nur ein Drittel so dicht ist, wie im ehemals österreichischen Teilgebiet und daß im ehemals preußischen Teilgebiet die Dichte dreieinhalbmal so groß ist wie in Kongreßpolen. Geradezu fatal sind die Verhältnisse in den Ostgebieten, wo die Wegedichte nur ein Zwölftel der des ehemals preußischen Teilgebiets bildet.

Wieviel feste Straßen müssen nun in Polen gebaut werden, um einen normalen Stand zu erreichen, d. h. in ganz Polen durchschnittlich 300 Meter feste Straßen auf einen Quadratkilometer zu haben (in den Ostgebieten, die schwach bevölkert sind, dürften 150 Meter genügen). Es zeigt sich, daß in den einzelnen Wojewodschaften an Kilometern Straßenlänge gebaut werden müßten: in Bialystok 7331 Kilometer, Kielce 5183, in Lublin 7639, in Lodz 3150, in Warschau 4962, in Nowogrodek 2893, in Polesie 5577, in Wilna 3910, in Wolhynien 3714, in Krakau 0, in Lemberg 3570, in Stanislau 1614, in Tarnopol 1932, in Pommerellen 610, in Posen 2050, und in Schlesien 0. Es müssen also in fast allen Wojewodschaften außer in der Krakauer und der Schlesischen mehrere Tausend Kilometer feste Wege gebaut werden. In ganz Polen sind es 50 und ein paar Tausend Kilometer und die Kosten des Baues würden 2½ Millionen Złoty betragen.

Ob der Wegebau in Polen wirklich in dem Tempo fortschreitet, wie es in der gegenwärtigen Zeit erforderlich wäre, zeigt folgende Aufstellung, bei der die erste Ziffer angibt, wieviel durchschnittlich in den Kreisen der einzelnen Wojewodschaft an Kilometern fester Straßen gebaut werden müßte, die in Klammern anzeigt, wieviel tatsächlich gebaut worden ist: Wojewodschaft Bialystok 564 (2,14), Kielce 324 (17,78), Lublin 402 (4,61), Lodz 242 (22,83), Warschau 216 (13,72), Nowogrodek 413 (2,16), Polesien 558 (0,22), Wilna 488 (0,52), Wolhynien 371 (1,95), Lemberg 132 (0,25), Stanislau 101 (0,05), Tarnopol 114 (0,33), Pommerellen 34 (2,28), Posen 95 (6,89). In Schlesien und der Krakauer Wojewodschaft ist die Dichte des Wegenetzes ausreichend.

Diese Zahlen erweisen, daß außer in den drei kongreßpolnischen Wojewodschaften, in denen der Bau etwa 5 bis 10 Prozent der erforderlichen Wege beträgt, die Fortschritte minimal sind. Besonders in den Ostgebieten wird verschwindend wenig gebaut und in Polesie beispielsweise beträgt die Länge der gebauten Wege nur wenig mehr als den dreitausendsten Teil der erforderlichen Länge.

Strenge Regulierung des Kunstdüngerverkaufes in Polen.

Eine neue Verordnung.

Der Kunstdüngerhandel in Polen leidet derzeit stark unter einer Desorganisation. Man will nun durch gesetzliche Maßnahmen grundsätzliche Änderungen in dieser Branche herbeiführen. Das landwirtschaftliche Ministerium hat zu diesem Zwecke ein Projekt einer Verordnung des Staatspräsidenten über den Verkauf von Kunstdünger bearbeitet und es den interessierten Ministern zur Begutachtung übersandt. Unter Kunstdünger versteht die Verordnung alle Produkte industrieller oder fossiler Herkunft, die zur Fruchtbarmachung des Bodens bestimmt sind und Stickstoff, Phosphor, Pottasche oder Kalkstein enthalten. Der Verkauf von Kunstdünger sowohl inländischer Provenienz als auch von aus dem Ausland importierten kann nur gemäß den nachfolgenden Bestimmungen der Verordnung vor sich gehen: Bei Reklame aller Art beim Verkauf von Kunstdüngerprodukten dürfen keine Namen und Bezeichnungen gebraucht werden, die die Landwirte hinsichtlich der Qualität, der Herkunft oder der chemischen Zusammensetzung dieser Produkte in Irrtum führen könnten. Jeder Kunstdüngerverkauf muß durch eine seitens des Verkäufers schriftlich ausgefertigte Verkaufsbescheinigung bestätigt werden, welche von der Stempelgebühr befreit ist. Die Bezeichnung der seitens des Verkäufers von Kunstdünger angegebenen Mengen von für die Pflanze nützlichen Bestandteilen muß dem tatsächlichen Inhalt dieser Bestandteile entsprechen. Der Verkauf von Kunstdünger, bei denen der Inhalt der für die Pflanze nützlichen oder schädlichen Bestandteile nicht den in der Verordnung des landwirtschaftlichen Ministeriums festgesetzten Normen entspricht, ist verboten und ein diesbezügliches Verkaufsabkommen wird als null und nichtig angesehen. Die Verordnung sieht eine Reihe von Strafen für die Übertretung der in ihr enthaltenen Vorschriften vor. Die höchste Strafe beträgt 10 000 zł mit eventueller Umwandlung in Arreststrafe bis sechs Wochen.

Die Stabilisierung der europäischen Währungen.

Vor dem Abschluß des valutarischen Sanierungswerks.

Von Bernhard Mahrholz, Berlin.

Die Gesundung der europäischen Währungen macht in der letzten Zeit rasche Fortschritte. Das Fieber der Wechselkurse ist größtenteils gewichen, und der exportschleudernde Antrieb sinkender Währungen ist fast überall in Fortfall gekommen, dagegen liefern Stabilisierungskrisen zu dem erfreulichen Bilde langsam fortschreitender Währungsgesundung das unvermeidliche Schattenspiel. Teuer ist die valutarische Zerrüttung der Alten Welt geworden. Die Wandlungen, die sich im Welthandel vollzogen haben, sind in der Hauptsache auf das Sinken der Kaufkraft in Europa zurückzuführen, und wenn es neun Jahre seit dem Waffenstillstand gedauert hat, bis die europäischen Währungsverhältnisse in Ordnung kamen, so lag es vor allem daran, daß das Schicksal der Valuta trotz reicher Erfahrung in Stabilisierungsfragen hier und da politischen Treibereien und eitlen Hoffnungen auf eine Wiederherstellung irgend eines vom „Prestige" des Landes geforderten höheren Geldwertes ausgeliefert war. Heute sind praktisch alle Währungen Europas stabil, außer zweien: der spanischen Peseta und dem rumänischen Leu. Aber noch nicht alle Länder sind zur Goldwährung zurückgekehrt.

Eine Überraschung brachte Ende vorigen Jahres die endgültige Stabilisierung der italienischen Lira, die seit Anfang Mai 1927 nach einer siebenmonatigen, ununterbrochenen Aufwertungsperiode praktisch stabil gehalten wurde. Sie war insofern eine Überraschung, als nicht nur die Pläne geheim gehalten und die de jure-Stabilisierung so ungestört durchgeführt werden konnte, sondern vor allem, weil sie auch zu einem Kurse erfolgte, der mit den Revalorisierungserwartungen, die wiederholt offiziös genährt wurden, in Widerspruch stand. Die Stabilisierung zu einem Kurse von 19 Lire für einen Dollar oder rund 3,66 Lire für eine alte Goldlira, oder 99½ Lire für ein Pfund Sterling hat somit, was die Tatsache selbst betrifft, angenehm überrascht, was aber den gewählten Kurs anbelangt, enttäuscht. Indes ist die Tatsache der Stabilisierung für die italienische Volkswirtschaft weit wichtiger als irgendein anderes Ereignis der letzten Zeit.

Nach der Stabilisierung der italienischen Währung wurde die Frage der gesetzlichen Stabilisierung des französischen Franken wieder lebhaft erörtert. Warum Frankreich so lange zögert, die tatsächliche Stabilisierung durch Rückkehr zum Goldstandard zu krönen, findet seine Erklärung in der Besonderheit der französischen Währungspolitik. Während fast alle Länder ihre Währungsreformen mit Hilfe amerikanischen Kapitals durchführen konnten, steht solches Frankreich nicht zur Verfügung, solange es sich nicht zur Ratifizierung des Schuldenabkommens mit Amerika entschließt. Frankreich muß daher aus eigener Kraft die Stabilisierung versuchen. Der Staatshaushalt ist durch die Steuergesetze vom August 1926 in Ordnung gebracht, und die schwebende Schuld — noch vor Jahresfrist eine latente Inflationsgefahr — bildet kein Hindernis mehr für die Stabilisierung. Tatsächlich erscheint schon heute die Einlösbarkeit der Banknoten in Gold, zum mindesten nach dem Vorbild der übrigen Goldwährungsländer (Gold Exchange Standard), dank der außerordentlich starken Reserven der Bank von Frankreich gewährleistet. Die endgültige Lösung der Währungsfrage dürfte indes kaum vor den im Mai dieses Jahres stattfindenden Wahlen erfolgen. Die Frage der Stabilisierung wird auch von jener der politischen Schulden Frankreichs, insbesondere der an die Vereinigten Staaten, mit beherrscht, und darum dürfte ganz sicher auch Frankreichs Haltung gegenüber der deutschen Reparationslast stark durch den Gedanken an die eigenen Verpflichtungen beeinflußt werden. In diesem Zusammenhange ist die Äußerung des Generalberichterstatters der Finanzkommission im Senat bemerkenswert, wonach von je 100 Franken Staatssteuern 41,40 Franken für Zinsen und Tilgung von Schulden verwendet werden.

Unsicher ist noch die Währungslage in Spanien. Hier scheinen immer noch Revalorisierungsbestrebungen zu bestehen, die zweifellos die wirtschaftliche Entwickelung des Landes nur hindern. International ist die spanische Peseta im verflossenen Jahre die einzige Spekulationsdevise gewesen und hält sich gegenwärtig auf etwa 90 Prozent der Vorkriegsparität, nachdem sie vor drei Jahren bereits über 20 Prozent verloren hatte. Bemerkenswert bleibt jedoch die im letzten Jahre vorgenommene starke Metallfundierung der spanischen Banknoten (80 Prozent durch Gold und Silber gedeckt).

Von den skandinavischen Devisen ist noch die norwegische Krone als einzige noch nicht stabilisierte Währung der drei nordischen Länder zu erwähnen, die den beschwerlichen Weg der langsamen Deflation mit allen seinen Begleiterscheinungen des Zufalls und der Wirtschaftsdrosselung geht. Sie hat sich dem Paristande weiter angenähert, und der Abstand von diesem beträgt weniger als 1 Prozent. Die Spekulation ist daher unergiebig geworden.

Auch Polen erfreut sich, nachdem schon einmal, 1923, das Sanierungswerk zusammengebrochen war, endlich einer gefestigten Währung. Der Złoty auf Goldbasis ist bei 50 Prozent seiner ursprünglichen Parität stabilisiert worden, wenn auch unter weitgehenden Zugeständnissen an die amerikanischen Geldgeber.

Auf dem Balkan kommen ebenfalls die Währungsverhältnisse allmählich in Ordnung. Die Erkenntnis, daß eine stabile Währung selbst bei Befestigung auf niedrigerem Stande für die Wirtschaft besser ist als eine aus Prestigegründen erfolgende Revalorisierung nebst Deflationsprozeß, hat sich auch hier durchgesetzt. So haben Südslawien im Mai 1927 und Bulgarien anläßlich der Gewährung der Völkerbundsanleihe von 1926 ihre seit mehr als zwei Jahren stabilen Währungen endgültig auf Basis von 56.70 Dinar bzw. 139 Lewa je Dollar festgesetzt, doch steht die gesetzliche Verankerung auf Goldbasis noch aus. Auch in Griechenland befindet sich die Stabilisierung der Drachme dank der Mitte September 1927 beschlossenen Völkerbundsanleihe von 9 Millionen Pfund vor dem Abschluß. Die Gründung der neuen griechischen Notenbank dürfte in Kürze erfolgen. Völlig unstabil ist noch der rumänische Leu, aber auch hier ist die Ordnung der Währung angebahnt.

So geht denn das gesamte europäische Sanierungswerk seiner Vollendung entgegen. Durchgeführt wird es überall mit Unterstützung der Notenbanken unter meist führender Mitwirkung der Federal Reserve Bank in Newyork. Der vorherrschende Einfluß Amerikas, der bei der großen europäischen Währungsreform zur Geltung kam, hat insbesondere den Notenbanken eine gewisse Uniformität verliehen. Überall ist der Grundsatz der Loslösung der Notenbank vom staatlichen Einfluß oder zum mindesten Begrenzung desselben durchgeführt. Somit scheint auch die größte Gefahr, die Inflation, von dieser Seite her gebannt zu sein.

Es hat nun langer Jahre bedurft, bis die größte Gefahrenquelle nahezu restlos beseitigt wurde. Damit sind aber die Währungssorgen Europas noch lange nicht aus dem Wege geräumt. Privatwirtschaft und Finanzen sind untrennbar miteinander verknüpft, so daß man sie nicht einzeln betrachten kann. Es wäre nutzlos, die Finanzen eines Landes zu stabilisieren, ohne gleichzeitig Budget und Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Aber noch mehr hat Europa zu besorgen. Neben der Vielzahl der Währungen gegenüber der Vorkriegszeit ist es vor allem das Goldproblem, das die Welt in steigendem Maße beschäftigt. Der Sieg der Goldwährung war lediglich Zweckmäßigkeitsgründen zu verdanken. Sie war die einzige wirkliche Rettung aus der damals hoffnungslosen Unordnung der Papiergeldsysteme. Aber trotz der Stablierung des Goldmünzfußes erscheint auch heute noch immer der Dollar als der einzige feste Pol in der Währungen Flucht. Tatsächlich haben wir nicht einen Goldstandard, sondern einen Dollarstandard, denn das Geld empfängt seinen Wert nicht vom Golde, sondern vom Dollar, und dieser wiederum wird manipuliert auf Grund eines möglichst stabilen Preisniveaus in Amerika. Damit sind die Leiter des amerikanischen Geldwesens tatsächlich auch die Beherrscher des Preisniveaus der Welt. Dieser Zustand kann natürlich Europa auf die Dauer nicht befriedigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß die Stabilität der Währungen nicht so sehr vom Golde als vielmehr von der geeigneten Knappheit der Zahlungsmittelversorgung abhängt. Diese Knappheit muß sich ausschließlich nach der volkswirtschaftlichen Produktivität und Rentabilität richten. Nach diesen Gesichtspunkten verfahren auch die Leiter der großen europäischen Notenbanken. Aber noch ist die Erkenntnis nicht allgemein, daß die Ausstattung der Währungen durch Gold ein Luxus ist.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 26. Januar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet aufklärendes Wetter mit kühleren Nachttemperaturen an.

Die Reinigung der Schornsteine.

Für den Bereich der Wojewodschaft Posen ist unterm 29. v. M. folgende Verordnung über die Schornsteinreinigung erlassen und am 1. Januar d. J. in Kraft getreten:

§ 1. Die Hauseigentümer bzw. -verwalter sind verpflichtet, die Reinigung der benutzten Schornsteine zu veranlassen, und zwar durch Vermittlung von Schornsteinfegern, die zur Ausübung dieses Gewerbes befugt sind. Den Nachweis, daß die Schornsteinreinigung diesen Personen übertragen ist, müssen die Hausbesitzer usw. bis zum 15. Februar jeden Jahres der Ortspolizeibehörde vorlegen. Von jeder Veränderung des Auftrages ist die Behörde im Verlauf einer Woche zu benachrichtigen.

§ 2. Dem durch Kontrakt verpflichteten Schornsteinfeger muß der Zutritt zu den Schornsteinöffnungen usw. ermöglicht werden; auf dem Lande sind außerdem die erforderlichen Leitern bereitzuhalten bzw. auf den Strohdächern anzubringen.

§ 3. Die Reinigung der benutzten Schornsteine muß in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober alle

6 Wochen, in den übrigen Monaten einmal im Monat, bei starker Benutzung der Schornsteine eventuell öfter erfolgen.

§ 4. Alleinstehende Schornsteine größerer Betriebe unterliegen nicht der zwangsweisen Reinigung.

§ 5. Der Schornsteinfeger ist verpflichtet, den Termin der beabsichtigten Arbeit dem Hauseigentümer usw. 24 Stunden vorher bekanntzugeben und außerdem auf dem Hofe abzurufen.

§ 9. Der kontraktlich verpflichtete Schornsteinfeger muß gewissenhaft und pünktlich seine Pflicht erfüllen, ist für die Arbeit seiner Gehilfen verantwortlich und hat diese zu überwachen.

§ 10. Für jedes Gebäude muß der Hauseigentümer usw. ein Kontrollbuch führen, das bis zum 15. Februar jeden Jahres der Ortspolizeibehörde vorzulegen und von dieser mit einem Sichtvermerk zu versehen ist.

§ 11. Übertretungen dieser Verordnung werden mit einer Geldstrafe bis 60 Zloty oder entsprechendem Arrest bestraft.

§ 13. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1928 in Kraft.

In Bromberg ist bekanntlich vorläufig noch das System der Schornsteinfegerbezirke in Kraft, obwohl von der Wojewodschaft aus die Aufhebung dieses Systems bereits mit dem 1. Januar d. J. angeordnet war. Die einschlägige Verfügung der städtischen Polizeibehörde ist noch nicht ergangen, was im Interesse der einheitlichen Durchführung obigen Gesetzes, sowie endlicher Aufklärung der Bevölkerung sehr erwünscht wäre.

„Ach, lieber Herr Oberteufel . . ."

Hierzulande wird eine ganze Menge Alkohol konsumiert, was auch den für das Wohlergehen des Volkes verantwortlichen Männern nicht unbekannt ist. Sie haben deshalb bereits zu Maßnahmen gegriffen, die den Alkoholverbrauch wenigstens an Sonnabenden und Sonn- und Feiertagen einschränken sollen. Leider ist der Erfolg dieses teilweisen Alkoholverbotes nicht sehr groß, denn ausgerechnet in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag nimmt die Polizei die meisten Verhaftungen wegen Trunkenheit vor.

Es ist schwer, gegen diese weitverbreitete „Schwäche" anzukämpfen. Selbst Amerika hat mit seinen äußerst strengen antialkoholischen Maßnahmen nur wenig Erfolg. Es kommt wohl in der Hauptsache auf den Volkscharakter an. In Finnland beispielsweise wird tatsächlich fast gar nicht getrunken.

Man kann — nun etwas Heiteres zu diesem an sich traurigen Kapitel — den Teufel aber manchmal mit Beelzebub austreiben. In einer Zeitung des deutschen Nachbargebietes finden wir beispielsweise folgenden amüsanten Bericht:

In einer Elbing benachbarten kleinen Stadt hatte ein alter Mann etwas über den Durst getrunken und war auf der Straße in der Nähe einer Schmiede eingeschlafen. Vorübergehende fanden ihn, hielten ihn für tot und brachten ihn in die Schmiede. Dort taute der Alte allmählich wieder auf. Als er die Augen öffnete, das flackernde Feuer und die rußigen Gesellen sah, überfiel ihn eine schreckliche Angst. Er glaubte sich in die Hölle versetzt. Ganz verschüchtert taumelte er auf einen Gesellen zu und bat ihn in weinerlichem Tone: „Ach, lieber Herr Oberteufel, ich bitte um Gnade!"

Man sagt, daß der alte Sünder, der für gewöhnlich alle Tage sein „Feuerwasser" zu sich nahm, seit diesem schrecklichen Augenblick keinen Tropfen Alkohol mehr genossen hat.

---

§ **Das Abiturientenexamen bestanden** haben am hiesigen deutschen Privatgymnasium die Realgymnasiasten Friedrich v. Born-Fallois und Heinz Georg Schulze sowie die Oberrealschüler Gerhard Diederich, Heinrich Herbold, Max Lippmann und Helmut Rehbein.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute um 10 Uhr vormittags bei Brahemünde + 4,42 Meter.

In **Wegen Körperverletzung** hatte sich der Förster Martin Cielewicz, wohnhaft früher in Klein-Bartelsee bei Bromberg, vor Gericht zu verantworten. Der Angeklagte ist beschuldigt, den Eigentümer Bork mit einer Holzstange derartig geschlagen zu haben, daß der B. erheblich verletzt wurde. Der C. gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben, da B. hinter ihm „Spitzbube" rief. Außerdem habe B. ihn bei der Forstdirektion angezeigt und ihn einer Strafverfolgung ausgesetzt. Das Verfahren endete aber mit einer Freisprechung, da er weder Unterschlagungen begangen, noch Anweisungen gefälscht habe. Landwirt Bork gibt folgendes an: Seit der Anzeige verfolgte und terrorisierte C. ständig die zum größten Teil deutsche Bevölkerung von Bartelsee und Schönhagen. Kätner Karl sagte aus: Er hörte Bork um Hilfe rufen; als er näher trat, bemerkte er, daß B. infolge der erlittenen Verletzungen stark blutete. Als er den Förster zur Rede stellte, wurde er von ihm gestoßen. Ein anderer Zeuge bekundet, daß der Angeklagte auf einem Wagen fuhr und kaum, daß er den Bork erblickte, vom Wagen heruntersprang und den B. mißhandelte. Mehrere Zeugen wollen gehört haben, daß B. „Spitzbube" rief; wen er damit meinte, kann niemand behaupten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 50 Złoty Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens muß C. ebenfalls tragen.

In **Wegen Begünstigung und Hehlerei** hatten sich folgende Personen vor der zweiten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten: Lehrling Anton Kożma, wohnhaft in Nakel, Landwirte Isidor und Hilary Rykowski, Arbeiter Thomas Kłysz und Eduard Petrich, sowie der Schlosser Polikarp Ryczek, sämtlich aus Wissek. Die Angeklagten sind beschuldigt, von einem Handlungslehrling in Nakel, der im Geschäft seines Lehrherrn Diebstähle verübte, einen großen Teil der gestohlenen Sachen teils gekauft, teils verwahrt zu haben. Die Angeklagten wollen keine Kenntnis von den Diebstählen des Lehrlings haben, geben aber sonst zu, die Sachen gekauft und in Verwahrung genommen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Strafen von zwei Wochen bis vier Monaten Gefängnis; das Gericht fällte folgendes Urteil: Isidor R. zwei Monate, Kożma einen Monat Gefängnis (Bewährungsfrist für beide), Hilary Rykowski vier Monate Gefängnis, umgewandelt in 600 Złoty Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

§ **Wer wünscht eine gute Partie zu machen?** So und ähnlich lauteten die Heiratsanzeigen, die das Vermittlungsbureau „Małżeń" (Ehe) eines gewissen Mrówka, Danzigerstraße (Gdańska) 24 in der örtlichen Presse veröffentlichte. Die Anwärter, denen meist eine „fabelhafte" Partie in Aussicht gestellt wurde, mußten dann Gebühren von 20 zł an aufwärts bis weit über 100 zł zahlen und — alles andere dem „Bureau" überlassen. Dabei blieb es denn auch immer, aus der guten Partie wurde nichts. Höchstens kann man bei hoher Gebührenentrichtung des Kunden davon bei dem Bureau selbst sprechen. Auch mit Wohnungen betrieb dieses „ehrenwerte" Unternehmen einen ähnlichen Schwindel — bis sich nunmehr die Polizei des bienenfleißigen Mrówka (d. h. zu Deutsch: Biene) angenommen und sein Bureau geschlossen hat.

§ **Fahrradiebstahl.** Dem Förster Wegner aus Jägerhof wurde sein Fahrrad Marke „Puch" Nr. 215 660, das er unbeaufsichtigt auf der Straße hatte stehen lassen, gestohlen.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Verband deutscher Katholiken, Ortsgruppe Bromberg. Am Donnerstag, den 26. d. M., findet im Saale des Deutschen Hauses abends 8 Uhr eine Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Jahresbericht, Kassenbericht, Vorstandswahl und Geschäftliches. Diesmal haben nur Mitglieder Zutritt. Mitgliedskarten sind, bitte, mitzubringen. Der Vorstand. (785

* * *

* **Inowrocław,** 25. Januar. In Liebensee (Lisewo Kościelne) war dieser Tage beim Besitzer Wojciech Dąbek ein Arbeiter mit dem Schneiden von Häcksel beschäftigt, als das Schwungrad der Häckselmaschine plötzlich platzte und der Arbeiter von einem Stück Eisen am Kopfe getroffen wurde. Der Verunglückte wurde sofort in hoffnungslosem Zustande nach dem hiesigen Kreiskrankenhause gebracht. — In Kaisertreu (Dźwierzchno) wurde während des Getreidedreschens beim Pächter der hiesigen Propstei plötzlich eine Arbeiterin von einer unversicherten Transmissionswelle erfaßt und dabei derart erheblich verletzt, daß sie unverzüglich nach dem Kreiskrankenhause gebracht werden mußte, wo sie, ohne das Bewußtsein zurückerlangt zu haben, starb.

* **Kempen** (Kępno), 25. Januar. Feuersbrunst. Am Donnerstag früh brach in der Dampfmühle des Landwirts Nowak in Türkwitz (Turkowy) Feuer aus und äscherte dieselbe vollständig ein. Da die Mühle nicht im Betriebe war, muß Brandstiftung vorliegen. Der Besitzer ist durch Versicherung vollständig gedeckt.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 22.

Heute Nacht entschlief sanft nach kurzem schweren Krankenlager, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter

Franziska Robakowski

geb. **Templin**

im 60. Lebensjahre.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Bernhard Robakowski.

Tuchola, den 24. Januar 1928.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Januar, vorm. 10 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 1593

---

132. Zuchtviehauktion

der

Danziger Herdbuchgesellschaft E. V.

Mittwoch, d. 8. Februar 1928, vorm. 10 Uhr und Donnerstag, den 9. Februar 1928, vormittags 9 Uhr

in Danzig-Langfuhr

Husarenkaserne I.

Auftrieb: 560 Tiere und zwar:

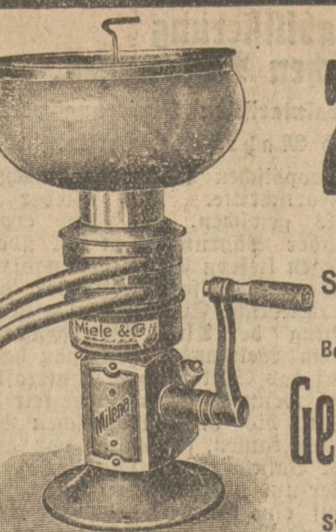
95 sprungfähige Bullen

285 hochtragende Kühe und

180 hochtragende Färsen.

Durchschnittspreise der letzten Auktionen: gute 12—13 Zentner schwere Kühe mit ca. 4000 kg Leistungsnachweis und hochtragende Färsen 1200.— Zloty. 16419

Die Ausfuhr nach Polen ist danzigerseits völlig frei. Kataloge mit allen näheren Angaben über Abstammung u. Leistung der Tiere usw. versendet kostenlos die Geschäftsstelle Danzig, Sandgrube 21.



Großes Lager in

Milena Zentrifugen

von 35 bis 330 Liter Stundenleistung 16335

Schärfste Entrahmung

Ruhiger Gang

Bequeme Zahlungsbedingungen

Gebrüder Ramme

Bydgoszcz

Sw. Trójcy 14b. Telefon 79.

Tüchtige Vertreter gesucht.

Wir geben hierdurch bekannt, daß die

Verlobungsanzeige Reim — Hagen

in Nr. 19 dieser Zeitung vom 24. Januar 1928

jeder Grundlage entbehrt

und ohne unser Wissen von fremder Seite aus böswilligen Motiven veranlaßt worden ist.

Förster, Fordon. 821 **Kurt Hagen, Palcz.**

Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen

R. Skubińska,

Bydgoszcz, 55

ul. Sniadeckich Nr. 18

Telephon 1073

Wer erteilt **guten Unterricht im Gitarrespielen?** Angebote mit Honorarforderung unter **F. 766** an die Geschäftsst. dies. Zeitg.

„Lesyl"

Das von allen sparsamen Hausfrauen bevorzugte Seifenpulver, in hervorragender Güte garantiert unschädlich und ohne Chlor. 1327

— Achten Sie bitte auf die **blaue** Packung. —

„Lesyna" Seifenfabrik, Wejherowo.

Heute 16336

Donnerstag nachm.

Frische Blut-Leber- u. Grützwurst mit guter Suppe.

E. Reck, Sniadeckich 17.



Kinderwagen

Kinderbetten

1290

in unerreicht großer Auswahl zu äußerst günstigen Preisen.

Teilzahlungen gestattet.

Bitte Preisliste einzufordern.

F. Kreski

Bydgoszcz, Gdańska 7.

Hypotheken

reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande

St. Banaszak,

Rechtsbeistand

Bydgoszcz, 1624

ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2.

Telephon 1304.

Langjährige Praxis.

Heirat

Für meine Tochter, evangel., 25 J. alt, 20000 Zloty, wird

Landwirt

mit entsprechend. Vermög. **zwecks Heirat** gesucht, da sich zum Kauf einer Primawirtschaft günst. Gelegenh. bietet. Offerten unter **P. 1564** a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Eheanbahnung. Ernstmeinende Heiratskandidaten (innen) aller Stände gesucht. Strengste Diskretion). Offert. mit Bild unter **F. 5722** an Annoncen-Exped. **Wallis, Toruń.**

Wählerversammlung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 5. August 1922 betr. Vorwahlversammlungen, wird am

Sonnabend, den 28. Januar 1928

nachmittags 3 Uhr

in Elsendorf (Dąbrowa Wielkie), Kreis Bromberg

im Gasthause Prochnow

nachmittags 5 Uhr

in Krossen (Chrośna), Kreis Bromberg

im Gasthause Griesbach

nachmittags 7 Uhr

in Schulitz (Solec kuj.), Kreis Bromberg

im Gasthause Rodewald

eine

Vorwahlversammlung

stattfinden, in der die bisherigen Abgeordneten der deutschen Vereinigung im Sejm und Senat **Graebe** und **Pankratz** sprechen werden. 1381

(—) **Graebe.** (—) **Pankratz.**

Strohpressen

„Lanz"
„Schultz"
„Welger"
„Wolf"
„Laags"
„Böhmer"

gebr. im betriebsfähigen Zustande, habe billig abzugeben.

Hugo Chodan

dawn. **Paul Seler,**

Poznań, ulica Przemysłowa 23. 1535

Submission.

Der Magistrat der Stadt Bydgoszcz — Tiefbauamt — schreibt hiermit 1605

eine öffentliche Submission

zur Lieferung von:

1/700 m³ Feldsteinen zum Zerkleinern
2/360 „ Pflastersteinen
3/860 lfd. Meter Bordsteinen

aus.

Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare sind im Baubüro des Tiefbauamtes — Jagiellońska Nr. 38 (Hof) erhältlich.

Angebote sind im versiegelten Umschlag bis zum **3. Februar d. Js.**, 12 Uhr, einzureichen.

Der Magistrat behält sich das Recht der freien Auswahl des Bietenden vor.

Bydgoszcz, den 23. Januar 1928.

Magistrat Urząd Budowli Podziemnych

(—) **Ed. Tubielewicz,** Dezernent.

Brieflich u. persönlich

Rechts-Beistand

Dr. v. Behrens

Paß-, Hypotheken-, Steuer- und Gerichts-Schwierigkeiten. 3 56

Promenada nr. 3,

beim Schlachthaus.

Dünger-streuer

„Minerva Patent"

3 Meter breit, sehr billig., sofort lieferbar. 1598

Hugo Chodan

dawn. Paul Seler,

Poznań, Przemysłowa 23

Beamter

von Beruf Kaufmann, kath., bereits mehrere Jahre als Geschäftsf. u. Buchhalt. in größ. Betrieb. tätig gewes., jetzt in gut. Position, eigene 3-Z.-Wohn., Möbel u. Verm., wünscht gebild., nette Dame bis 30 J. **zwecks Heirat** kennen zu lernen, mit deren Vermög. zusamm. ermöglicht wird, ein mittler. Geschäft zu eröffnen od. zu pacht. Besitzertocht., eventl. Witwe angen. Einheir. in ein Geschäft od. Geschäftsgrundstück nicht ausgeschloss. Off. unter **A. 1607** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Empf. alle Sorten

Därme.

Schulz,

Dworcowa 18 d.

Telef. 282. 522

Polnischer Sprachunterricht

für **Anfänger** und **Fortgeschrittene.** Anmeldungen erbeten in der Geschäftsstelle 1584 **Goethestr. 37,** unt. r. (**20. stycznia 20r.**)

Deutscher Frauenbund

Wer erteilt gründlichen **deutschen Unterricht?** Off. u. **H. 1509** a. d. G. d. Z.

Wer erteilt

polnisch. Unterricht

in den Abendstunden von 7—8. Off. mit Preis u. **L. 788** a. d. G. d. Ztg.

Allerbeste Gelegenheits-einkäufe

gut. Gebrauchsmöbel in genügender Auswahl zu den billigsten Tagespreis. geg. **Ratenzahlung u. Eintausch:** eich. Herrenzimm. 725, eich. Schlafzimm. 850, Eßzimmer, Klavier, pr. Nußbaum Spindgarnituren, mehrere Trumeauspiegel, Teppiche, Büfetts, Schreibtische, eichene Stühle, Liebhabereistücke in Mahagoni, Nähmsch. C. B. Schreibmaschine 165, Küchen 85, Kleiderspinde 42, Vertikos 35, Chaiselongues 55, Sofas 65, Bettstelle 15, Kommoden, Tische, Wascht., Stühle u. v. a. **verkauft** 758 **Okole, Jasna Nr. 9** Hth., part. l. Sieben Min. v. Bahnh.

---

2 Freundinnen

20 und 25 Jahre alt, möchten mit netten, evgl. Herren im entsprechenden Alter **zwecks Heirat** in Briefwechsel treten. Nur ernst gemeinte Zuschrift. m. Bild, welch. auf Wunsch zurückgesandt wird, unt. **C. 1610** an die Geschäftsst. d. Ztg.



in allen Farben und Größen.

***A. Dittmann,* T. z o. p.**

Bydgoszcz, Jagiellońska 16.

1590

Büro für Buchhaltung Revisionen und Steuerinformationen

Brunon Stasiewski

Bydgoszcz,

ul. Marcinkowskiego 8a

Telefon Nr. 1279.

Uebernahme von Buchführung monatlich von 20 zł an.

Steuerdeklarationen u. Reklamationen. Aufstellung von Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen zu billigst. Preisen. 794

Pensionen

Gute Pension find. 1—2 **Schülerinnen od. solid. Fräulein** z. 1. 2. od. spät. Zu erfr. in d. Gschst. d. 3. 817

Berliner Sinfonie-Orchester

Freitag, 3. Februar 1928 nachm. 5 Uhr

in der Evangelischen Pfarrkirche (plac Koscieleckich)

Berliner Sinfonie-Orchester

(vorm. Blüthner-Orchester)

Dirigent: Emil Bohnke **Solist: Diez Weißmann** (Violine)

etwa 60 Mitwirkende.

Programm.

1. Vorspiel zu „Parsifal" . . . . Richard Wagner
2. Konzert für Violine und Orchester E-dur . . . J. S. Bach
3. Sinfonie h-moll (Unvollendete) . . . . Fr. Schubert
4. Sinfonie Nr. VI A-dur . . . . A. Bruckner

Vorverkauf in der Buchhandlg. E. Hecht Nachf., Bydgoszcz ul. Gdańska 19, Telefon 1660 und W. Johne's Buchhandlung Bydgoszcz, ul. Gdańska 160, Telefon 422. Orgel- und Seitenemporen 15.— und 8 zł, Schiff 10.—, 8.—, 6.—, 4.— zł.

In Graudenz nimmt die Buchhandlung Arnold Kriedte, Mickiewicza 3, Vorbestellungen entgegen.

Programmhefte mit einführendem Text sind in den Buchhandlungen zu haben. Preis 0.40 zł. 1609

Die Kirche ist gut geheizt.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.

Freitag, d. 27. Jan. 28

Abends **8** Uhr:

Zum ersten Male!

Neuheit! Neuheit!

Der doppelte Moritz

1463

Schwank in 3 Akten von Toni Impekoven und Carl Mathern.

Freier Kartenverkauf Donnerstag in Johne's Buchhandlg. Freitag v. 11-1 u. ab 7 Uhr abds. an der Theaterkasse.

Sonntag, d. 29. Jan. 28, nachm. **3** Uhr: **zum**

X.

und letzten Male zu ganz kleinen Preisen

Der Schneemann

Abends **8** Uhr:

zu ermäßigt. Preisen

Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!

Eintrittskarten wie üblich. 1549

Die Leitung.

Echter, diesjährigen Bienenhonig

für Heilzwecke, beste Qualität, versendet gegen Postnachnahme inkl. Verpackg. u. Versandspesen **brutto** 5 kg zł 15, 10 kg zł 27, 20 kg zł 53 die Firma **A. Löwensohn, Tarnopol,** Ruska 37. 1565

Kutschwagen

Parkwagen, Selbstfahrer, Cabriolettwag. sowie **Klappwag.** offeriere billigst; auch w. **alte Kutschwagen** saub. u. reell aufgearbeitet.

Zimmer, 2026

Nakło/Noteć,

Rynek 365.

Pachtungen

Gasthaus

oder

Kolonialwaren-Geschäft

im Dorfe, gute Lage, zu pachten gesucht. Off. unt. **Z. 1606** an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Alleinstehender, anständiger Mann sucht ganz billige einfache **Unterkunft.** Ueber nimmt dabei evtl. auch gern Arbeit im Haushalt. Gefl. Off. unt. **B. 1608** a. d. G. d. Ztg. erb.

Möbl. Zimmer

Möbliertes Zimmer mit Küchenbenutzung vom 1. Februar gesucht Off. u. **W. 831** a. d. G. d. Z.

Möbliert. Zimmer m. Klavier zu vermiet. 810 **Chrobrego 13, P. l, 1 Tr.**

Frühbeetfenster

Gewächshäuser, sowie **Gartenglas, Glaserkitt u. Glaserdiamanten** liefert

A. Heyer, Grudziądz

Frühbeetfensterfabrik. 5393

Elegante **Damen-Maskenkostüme** zu verleihen 829 **ul. Ossolińskich 10,** II r. (Konradstr.)

Eleg. Maskenkost. für mittl. schlanke Figuren **zu verleihen.** Zu erfragen zwischen 6—7 **Gdańska 164, 1 Tr. r.** 830

Junger, strebsamer **Müller** sucht eine

Windmühle

oder kleinere

Wassermühle

zu pachten von gleich oder später. Kaution kann gestellt werden. **Eugen Balzer, Kruize,** poczta Bzowo, pow. Swiecie.

Wohnungen

Deutsches, kinderloses Ehepaar sucht eine **2-4-Zimmer-Wohng.** von sofort bei deutsch. Wirt. Unkosten können gezahlt werden. Off. u. **U. 823** a. d. G. d. Zeitg.

Pa. oberschl. **Steinkohlen**
„ **Steinkohlenbriketts**

offerieren ab Lager und frei Haus

J. Pietschmann & Co.,

Bydgoszcz, Grudziądzka 8.

Telefon 82 983 Telefon 82.

Wer erteilt Unterricht in **deutsch. Stenographie** (Syst. Gabelsberger)? Off. u. **M. 795** a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Damen- und Kinder-Garderobe u. Wäsche

wird billig angefertigt, 6547 **Dworcowa 6, 1 Tr.**

Kirchl. Nachrichten.

Synagoge. Freitag, nachm. 4½ Uhr. Sonnabend, morgens 7½ Uhr Frühgottesdienst. Vorm. 9½ Uhr Hauptgottesdienst. Nachm. 4 und 5.11 Uhr. Wochentags, morgens 7½, nachm. 4½ Uhr.

Meiner geehrten Kundschaft von **Sępólno** und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein

Schneideratelier

von **ul. Wodna** 8 nach

Stary Rynek Nr. 5

(Hause Großhandel) **verlegt** habe.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich vom Tage an ein

Spezialgeschäft für Herren-, Damenstoffe sowie Futtersachen

eröffnet habe und meine geschätzte Kundschaft bitte, mich auch weiterhin unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

Erich Schukai, Schneidermeister

Sępólno. 1590

Deutsche Hauswirte!

Wo wird am 1. April oder früher für ein deutsches Ehepaar eine

4- od. 5-Zimmer-Wohng.

in neuerem Hause frei?

Angeb. unt. **D. 1611** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Landw. Lokal-Verein Wysoka und Umgegend.

Der Verein feiert sein

Wintervergnügen

am Dienstag, den 7. Februar 1928

im Lokale des Herrn Wolfram, Wysoka.

Zur Aufführung gelangt ein Lustspiel (3-Akter). 1568

Beginn pünktlich 7 Uhr.

Zutritt haben nur Mitglieder und deren Angehörige.

Auch die Mitglieder nebst Angehörigen der landw. Vereine Białośliwie, Wyrzysk und Miasteczko werden frdl. eingeladen und müssen sich durch Mitgliedskarte ausweisen.

Der Vorsitzende: Adolf Fritz, Rudna.

Urbin

die Schuhcreme wie sie sein soll!!



Sie reinigt Ihre Schuhe, gibt ihnen schnell und mühelos einen intensiven, bleibenden Hochglanz, macht sie absolut wasserdicht und verleiht ihnen Haltbarkeit und lange Lebensdauer!

Sagen Sie selbst:

Was verlangen Sie mehr?

Urbin

Putzt und pflegt täglich Millionen Schuhe